



SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Nr. 02 / Juni 2016

DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



GESTERN UND HEUTE
70 Jahre Landtag: 1946 - 2016

Inhalt

Gestern und heute 4 – 11

Studie über Ex-Nazis im Landtag	4
Rückblick 1958: ein SS-General und ein junger Beamter	6
Vor zehn Jahren: Die Staatskanzlei verlässt das Landeshaus	9
Festakt zum 70. Jubiläum	10

Ausschüsse:

Body-Cams, Russlandreise, Wildgänse, Termine	12
--	----

Die Seite für das Ehrenamt 14

Der Landtag in Leichter Sprache: die Grund-Rechte	15
---	----

Im Zentrum 16 – 17

Bilderbogen: 70 Jahre Landtag

Wahl 2017: Neues Wahlrecht, Initiative zur Wahlbeteiligung	18
--	----

Meldungen:

Bürgerbeauftragte, „Todesmarsch“ 1945, Israel-Tag	20
---	----

Europa 22 – 25

Parlamentsforum zu Agrar und Umwelt	22
Brexit: Warnung vor Kollaps der EU	23
Minderheiten aktuell	24
EM und Olympia: Der Ball rollt woanders	25

Interview mit Christoph von Marschall: „Die Amis ticken anders“	26
---	----

Personalien und Nachrufe 27

Serie: Bücherecke / Vorlesewettbewerb	28
---------------------------------------	----

Mit plattdütsche Riemels dörch dat Johr	29
---	----

Nachgehakt: Beschlüsse und ihre Auswirkungen	30
--	----

Ins Bild gerückt: Zu Besuch im Landeshaus	31
---	----

Termine, Termine, Termine	32
---------------------------	----

Lieber Leserinnen, liebe Leser,

der Landtag wird 70, und wir blicken zurück.

Eine Studie der Uni Flensburg beleuchtet die Rolle ehemaliger Nazis in der Landespolitik. Fazit: Im Parlament saßen mehr Abgeordnete mit brauner Vergangenheit als bisher angenommen. Aber nicht jeder war ein Verbrecher oder Anti-Demokrat. Großes Aufsehen erregte 1958 der Fall Heinz Reinefarth, eines SS-Generals im Landtag. Aufzeichnungen des damaligen Beauftragten für staatsbürgerliche Bildung, Ernst Hessenauer, belegen, wie schwer es ein Aufklärer hatte, gegen das Schweigen und Verdrängen anzukommen. Entsprechend gab es beim Festakt zum 70. Geburtstag im Juni auch nachdenkliche Töne. Aber am Ende stand die klare Botschaft: Heute ist die Demokratie im Lande verwurzelt.

Ein zweiter Schwerpunkt dieser Aufgabe beschäftigt sich mit Europa. Der Brexit weckt Zweifel an der europäischen Integration. Dabei funktioniert die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg oft so reibungslos, dass sie kaum noch für Schlagzeilen sorgt. So trafen sich im Juni Politiker aus dem Ostseeraum im Landeshaus und gingen Probleme an, die kein Land allein lösen kann: den Umweltschutz und den Klimawandel.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen und einen schönen Sommer!

Ihre Redaktion



Landtagspräsidenten mahnen Brüssel: Föderalismus respektieren

Die Präsidenten der deutschen Landesparlamente bekennen sich zur Europäischen Union – und wollen in Brüssel mitreden, wenn es um ihre Angelegenheiten geht. Das wurde bei der Landtagspräsidentenkonferenz Anfang Juni in Wiesbaden deutlich.

Ein Schwerpunkt der gemeinsamen Erklärung: Die Landtage wollen bei der Europäischen Union nicht mit Lobbyisten gleichgesetzt werden. Hintergrund ist das EU-Transparenzregister. Es sieht vor, die Registrierungspflicht für Lobby-Gruppen auf regionale Parlamente auszuweiten. Dies sei „inakzeptabel“, so die 16 Parlamentsoberhäupter. Landesparlamente seien „demokratisch gewählt, vertreten das Allgemeinwohl und sind Verfassungsorgane“. Vor allem die EU-Kommission müsse begreifen, welche gewichtige Rolle die Landesparlamente in der föderalen Ordnung spielen.

„Europa wächst im Dialog mit den regionalen Parlamenten“, heißt es weiter. Die Europäische Union reguliere auch Politikfelder, die in der Verantwortung der regionalen Parlamente stehen. Das Sorge für Reibung zwischen den Landeshauptstädten und Brüssel, mahnte der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Klaus Schlie: „Die EU kann nicht an uns vorbeentscheiden.“

Schlie unterstützte auch die Forderung der Präsidentenkonferenz, dass die EU die Landtage so früh und umfassend wie möglich in die Rechtssetzungsprozesse einbinden müsse. „Ohne Informationen können wir nicht arbeiten“, so Schlie. Trotz ihrer Kritik wollen die deutschen Landesparlamente näher an die EU heranrücken, denn „zu einem geeinten Europa gibt es keine Alternative“.

Krach-Mach-Tach: Erster Preis geht nach Neumünster



Die Lebenshilfe Neumünster hat den ersten Preis beim diesjährigen Krach-Mach-Tach gewonnen. Ihr „Inklusionsschiff“ überzeugte die Jury. Der Lohn: 1.000 Euro. Beim Krach-Mach-Tach musizieren und lärmern Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam für gelebte Vielfalt in der Gesellschaft. Über 500 Krach-Macher aus ganz Schleswig-Holstein zogen Ende Juni, während der Kieler Woche, durch die Landeshauptstadt. Die Veranstalter, darunter der Behindertenbeauftragte Ulrich Hase, sprechen von der „größten inklusiven Parade in Deutschland“.

Demokratie-Seminare für Flüchtlinge

Ein neues Projekt in Kiel bietet politische Bildung für Flüchtlinge in deren Heimatsprachen. Die Aktion „New Ways for Newcomers“ wird vom Landesbeauftragten für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann, und der Zentralen Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten (ZBBS) angeboten. Die Idee: Flüchtlinge unterrichten ihre Landsleute in den Sprachen Arabisch, Farsi, Dari, Kurdisch und Tigrinisch (Umgangssprache in Eritrea). Themen der Seminare sind „Demokratie und Menschenrechte“ sowie „Feminismus und Frauenrechte“. Hinzu kommen Deutschkurse. Förderer des Projektes sind der Verein „Create Future“ und der Rat für Kriminalitätsverhütung.

Weitere Informationen zu den Seminarangeboten geben Idun Hübner (Tel. 0431/200 156) und Ehsan Abri (Tel. 0157/3434 7295) von der ZBBS.

Diäten steigen um 2,1 Prozent

Die Bezüge der 69 Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages steigen ab 1. Juli um 2,1 Prozent. Die Grunddiät erhöht sich damit von 7.869 auf 8.035 Euro pro Monat. Grundlage für die Erhöhung sind laut Abgeordnetengesetz die Berechnungen des Statistikamtes Nord über die allgemeine Einkommensentwicklung im vergangenen Jahr. Dabei werden die Lohnsteigerungen in der freien Wirtschaft zu rund 80 Prozent und die der Angestellten im öffentlichen Dienst und der Beamten zu jeweils etwa zehn Prozent berücksichtigt.

Landtag möchte im Nordischen Rat mitmischen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bewirbt sich um einen dauerhaften Beobachterstatus im Nordischen Rat – und hat offenbar gute Chancen.

Fraktionsübergreifend haben sich die Abgeordneten Anfang Juni für eine „enge Kooperation unseres Landes mit dem europäischen Norden“ stark gemacht. Der Nordische Rat ist ein Forum der nordischen Parlamente, dem Dänemark, Island, Schweden, Norwegen und Finnland angehören. Einen Beobachterstatus haben Estland, Lettland und Litauen inne.

Ende Juni besuchte das Präsidium des Nordischen Rates das Landeshaus. Ratspräsident Henrik Dam Christensen sendete dabei positive Signale aus: Er sehe Schleswig-Holstein „als Pforte zu Europa“. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme des Bundeslandes fällt die Hauptversammlung des Rates Anfang November.

Wortwörtlich

„Ein Sonderrecht für Staatsoberhäupter lehnen wir ab.

Denn in Artikel 3 unserer Verfassung steht: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Das muss für jeden gelten, sei er Sultan, Präsident oder Fabrikarbeiter.“

(Sven Krumbeck, Piraten)

• • • • •

„Auch Pressefreiheit hat Grenzen. Was Herr Böhmermann da als Satire gemacht hat, ist aus meiner Sicht völlig neben der Spur.“

(Daniel Günther, CDU)

• • • • •

„Ich halte es für einen großen Fehler der Bundeskanzlerin, aus der Satire von Herrn Böhmermann eine Staatsaffäre gegenüber der Türkei zu machen.“

(Ralf Stegner, SPD)

• • • • •

„Wenn der Autokrat Erdogan, der Journalistinnen einsperren und Frauendemonstrationen mit Waffengewalt auflösen lässt, einem deutschen Satiriker ‚schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ vorwirft, dann ist das zynischste Realsatire.“

(Eka von Kalben, Grüne)

• • • • •

„Die Kanzlerin hätte Nein zu einem Strafverfahren sagen müssen, wenn sie gleichzeitig ankündigt, dass die zugrunde liegende Strafnorm entfallen soll.“

(Wolfgang Kubicki, FDP)

• • • • •

„Man sollte die historisch gewachsenen, aber überlebten Regelungen in Bezug auf ausländische Staatsoberhäupter einfach streichen.“

(Lars Harms, SSW)

”

Aus der Debatte über den ZDF-Moderator Jan Böhmermann und den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan am 28. April. Thema war auch der Paragraph zur „Majestätsbeleidigung“ im Strafgesetzbuch. Schleswig-Holstein ist eines von fünf Ländern, die diesen Paragraphen 103 über den Bundesrat abschaffen wollen.

Neue Studie:

Im Landtag saßen mehr NSDAP-Parteigänger als bisher angenommen

Ehemalige Nationalsozialisten haben die schleswig-holsteinische Landespolitik bis in die 1980er Jahre hinein mit geprägt – und zwar weitaus stärker als bisher angenommen. Zwischenzeitlich waren mehr als die Hälfte der Landtagsabgeordneten ehemalige „Parteigenossen“. Das ist eine Kernaussage der Studie zur „geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive“.

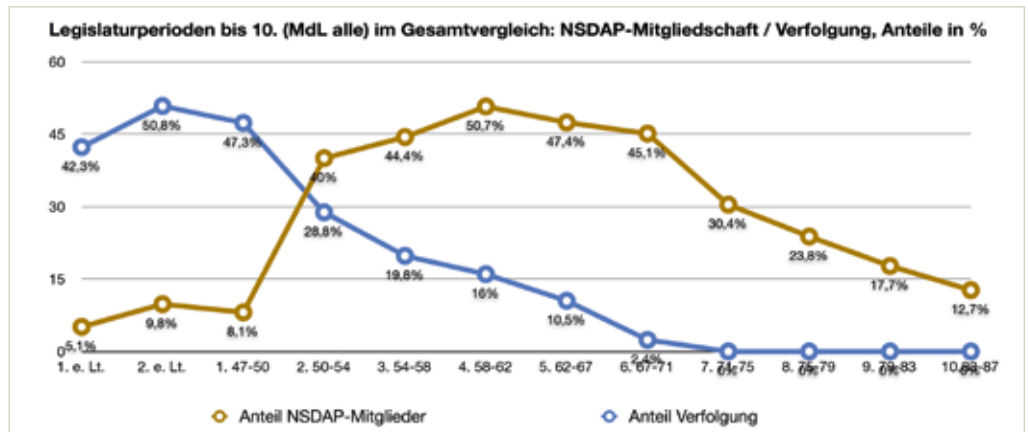
Ein Forscherteam um den Flensburger Geschichtswissenschaftler Uwe Danker hat hierzu die Biographien von 342 Landtagsabgeordneten nachgezeichnet.

Das Parlament hatte die Arbeit vor drei Jahren in Auftrag gegeben.

Ende April stellte Danker die Ergebnisse im Landeshaus vor. Die Flensburger Historiker hatten die Lebensläufe aller Abgeordneten untersucht, die bis 1928 geboren wurden. Fazit: 115 der 342 Männer und Frauen hatten ein braunes Parteibuch – gut ein Drittel. In der Landesregierung lag die Quote sogar bei drei Vierteln. Damit sei Schleswig-Holstein ein „Extremfall“, betont Danker. In keinem anderen Bundesland hätten es so viele Ex-Nazis in hohe politische Ämter geschafft. Hierfür gebe es Gründe: Der Norden war schon vor 1933 eine Hochburg der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei). Nach Kriegsende kamen Vertriebene mit „starker Vorbelastung“ hinzu.

1950 kommt die Wende

Auffällig: In den unmittelbaren Nachkriegsjahren finden sich kaum Parlamentarier mit NS-Vergangenheit. Die ersten Landtage



Zäsur 1950: Die Zahl der Abgeordneten mit NS-Vergangenheit steigt rapide an. Ehemalige Regimegegner werden zur Minderheit.

der Jahre 1946 und 1947 waren dominiert von Verfolgten und Regimegegnern, auch weil die britische Besatzungsmacht die Mitglieder der ersten Landesparlamente ernannt hatte. Den Wendepunkt brachte die Wahl 1950.

„Es gab viele Grautöne“

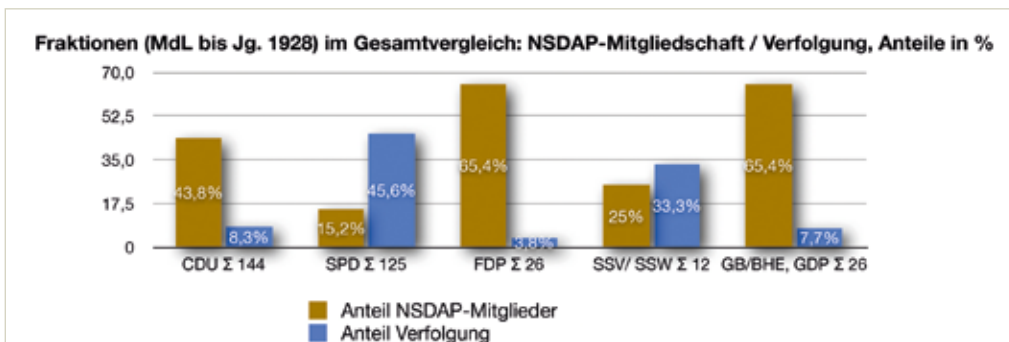
Die bis dahin dominierende SPD verlor ihre Mehrheit, die bürgerlichen und konservativen Parteien kamen ans Ruder. Der Anteil der ehemaligen NSDAP-Parteigänger schnellte von acht auf 40 Prozent hoch. Gleichzeitig sank die Zahl der NS-Verfolgten rapide ab (siehe Grafik). Während der 1950er Jahre setzte sich der Trend fort. In der Wahlperiode von 1958 bis 1962 hatten 51 Prozent der Abgeordneten eine NS-Vergangenheit. Danach sank der Anteil langsam – auf immerhin noch zwölf Prozent im Jahr 1987. Politiker mit einem braunen Vorleben fanden insbesondere bei den bürgerlichen Parteien eine neue Heimat (siehe Grafik). Bei SPD und SSW lag ihr Prozentsatz deutlich niedriger.

Allerdings: „NSDAP-Mitglied war nicht gleich NSDAP-Mitglied“, stellt Prof. Danker heraus. Es mache einen großen Unterschied, ob ein junger Mann, dem die NS-Weltanschauung in der Hitler-Jugend eingetrichtert wurde, in die Partei eingetreten sei – oder ob ein Erwachsener schon vor 1933 sein Bekenntnis zur Nazi-Ideologie abgelegt habe. Danker unterscheidet zwischen „Überzeugten“, „Karrieristen“, „Angepassten“ und Jugendlichen, die „NS-sozialisiert“ gewesen seien. Sein Fazit: Nur rund zwölf Prozent der Abgeordneten mit NS-Vergangenheit seien aktive Stützen des Regimes gewesen. Es habe „eine große Bandbreite von Rollen“ und viele „Grautöne“ gegeben, unterstreicht der Historiker.

Wie haben sich die ehemaligen Nationalsozialisten im Landtag verhalten? Zum einen hätten sie alles daran gesetzt, ihre Verstrickung mit dem Unrechtsstaat zu vertuschen, sagt Danker. So habe Schleswig-Holstein bereits 1951 die Entnazifizierung beendet – früher und radikaler als andere Bundesländer. Andererseits habe es aber keine Versuche eines „Putsches“ oder einer „Re-Nazifizierung“ gegeben, sondern ein „gesellschaftliches und berufliches Platznehmen im neuen Staat“, teilweise auch einen glaubhaften Wandel zum Demokraten.

Dass aber auch Schwerverbrecher von dieser Integration der alten Eliten in die neue Bundesrepublik profitiert hätten, bleibe, so die Flensburger Forscher, „eine Belastung“.

Die vollständige Studie soll im Juli als Buch erscheinen.



Blick in die Fraktionen: Vor allem bürgerliche Parteien werden zur Heimat ehemaliger Nazis.

„Schleswig-Holstein war ein extremer Ausreißer“

Gespräch mit dem Historiker Prof. Uwe Danker

Herr Prof. Danker, Sie beschäftigen sich schon seit Langem mit dem Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Gab es für Sie bei der Arbeit an dieser Studie dennoch Überraschungen?

Ja. Wir wussten zwar, dass 1950 eine Zäsur eintrat. Aber dass die Zahl der Abgeordneten, die ehemals NSDAP-Mitglieder waren, von 40 Prozent im Jahr 1950 noch weiter steigen würde, auf über 50 Prozent, das hat uns richtig überrascht. Zudem hat es uns überrascht, dass wir uns nicht nur mit den 50er Jahren



beschäftigen mussten, sondern mit einem Zeitraum von über zwei Jahrzehnten.

Muss die Landesgeschichte nach 1945 jetzt neu geschrieben werden?

Ein paar Akzente wird man neu bewerten müssen. Man wird jetzt einbeziehen müssen, dass wir es bei Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern mit einem extremen Ausreißer zu tun haben, was ehemalige NS-Rollen angeht.

Wie erklären Sie es sich, dass der Landtag erst im Jahr 2013 diese Studie in Auftrag gegeben hat?

An die eigene Geschichte und an deren Folgen geht man in der Regel erst spät heran. Jetzt ist genug Distanz da, heute haben wir den nüchternen Blick zurück. Viele Bundesministerien, viele Länder starten jetzt solche Projekte, und in diesem Zuge hat es Schleswig-Holstein auch gemacht.

Ein Nachgeborener mag sagen: kalter Kaffee. Was sind die Folgerungen für die heutige Zeit?

Natürlich, die Betroffenen leben nicht mehr, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen. Aber Strukturen, Muster und biographische Erfahrungen wirken in politisches Handeln hinein, und das wiederum hat Folgen bis in unsere Gegenwart.

Ganz konkret: Müssten jetzt irgendwo im Lande Personen angeklagt, Orden aberkannt oder Straßen umbenannt werden?

Ganz klar: nein.

Sechs Lebensläufe

Abgeordnete und ihre Einordnung in der Flensburger Studie

Josef Cierocki (1886 – 1960):

Typ „Widerstandsleistender“



Der Bierbrauer aus Danzig war Stadtverordneter und in der christlichen Gewerkschaftsbewegung aktiv. Nach dem deutschen Einmarsch 1939 wurde er mehrmals verhaftet,

etwa weil er ausländische Radiosender hörte. 1945 floh er nach Eutin, wurde Kaufmann und stellvertretender Landrat. Von 1947 bis 1950 saß er für die CDU im Landtag.

Jürgen Frenzel (1922 – 1986):

Typ „Verfolgter“



Der Kieler galt als jüdischer „Mischling“, durfte nicht studieren und wurde 1943 aus der Wehrmacht „ausgestoßen“. Er wurde im KZ Kiel-Drachensee inhaftiert und in einem

„Sonderminenkommando“ der Marine eingesetzt. Nach 1945 studierte er Jura. 1956 wurde er Bürgermeister von Uetersen, von 1962 bis 1964 saß er für die SPD im Landtag.

Martin Kohz (1902 – 1971):

Typ „Alter Kämpfer“



Der Jurist aus Posen war im Freikorps „Grenzschutz Ost“ aktiv und trat schon früh (1930) der NSDAP und der SA bei. Ab 1933 war er Anwalt, Notar und Stadtrat in Köslin

(Pommern). Nach 1945 arbeitete er als Rechtsanwalt in Plön. Von 1950 bis 1954 war er für den BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) im Landtag.

Alfred Ahrens (1899 – 1959):

Typ „Jongleur“



Der SPD-Mann war Verwaltungsbeamter, Bürgermeister in Seedorf bei Ahrensböök und Segeberger Kreistagsabgeordneter. 1933 verlor er seine Arbeit und saß im KZ Kühlen

(Kreis Segeberg). 1937 trat er der NSDAP bei und stieg zum Verwaltungsinspektor der Gemeinde Schwedeneck bei Eckernförde auf. Diesen Posten behielt er auch nach 1945. Von 1954 bis 1958 saß er für die SPD im Landtag.

Oskar-Hubert Dennhardt (1915 – 2014):

Typ: „höherer Wehrmachtsakteur, systemtragend“



Der Oberstleutnant aus Sachsen wurde in Frankreich, Polen und der Sowjetunion eingesetzt. Er kam als Wehrmachtskommandant nach Ahrensburg, wurde

nach dem Krieg Stadtrat in Bad Oldesloe und CDU-Landesgeschäftsführer. Trotz seiner Systemtreue war er während seiner Zeit im Landtag (1950–1954) „Sonderbeauftragter für Entnazifizierung“.

Richard Bünemann (1920 – 2009):

Typ „NS-sozialisiert“



Der gebürtige Hamburger trat 1939 aus der Hitler-Jugend direkt in die NSDAP ein. Nach dem Krieg studierte er Geschichte und Politikwissenschaft in Hamburg, Oxford, Harvard

und Paris, wurde stellvertretender Landesbeauftragter für politische Bildung und gehörte von 1967 bis 1975 für die SPD dem Landtag an. 2007 trat er der Linkspartei bei.

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat.

Diesmal geht die Reise ins Jahr 1958. Der Landesbeauftragte für staatsbürgerliche Bildung, Ernst Hessenauer, beklagt die NS-Vergangenheit eines Landtagsabgeordneten und dokumentiert die folgenden Ereignisse in einem Aktenordner.



1958: Ein SS-General zieht in den Landtag ein

Junger Beamter protestiert – und tritt Debatte über Nazi-Vergangenheit und Zivilcourage los

Ende 1958 gerät der Kieler Landtag bundesweit in die Schlagzeilen. Anlass ist die Nazi-Vergangenheit des Abgeordneten Heinz Reinefarth. Der ehemalige SS-General war 1944 als „Henker von Warschau“ maßgeblich an der Niederschlagung des Aufstandes in der polnischen Hauptstadt beteiligt. Schätzungsweise 200.000 Zivilisten fielen der deutschen Vergeltungsaktion zum Opfer. In Schleswig-Holstein macht Reinefarth nach Kriegsende dennoch Karriere. Die Entnazifizierung übersteht er als „Entlasteter“, staatsanwaltliche Ermittlungen verlaufen im Sande. Polen fordert vergeblich seine Auslieferung. 1951 wird er Bürgermeister von Westerland auf Sylt, und im September 1958 zieht er für den BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) in den Landtag ein.

Der 36-jährige Landesbeauftragte für staatsbürgerliche Bildung, Ernst Hessenauer, protestiert öffentlich und löst, wie die Presse schreibt, „Tumult“, „Sturmzeichen über Kiel“ und „heftige landespolitische Auseinandersetzungen“ aus. In einem gut hundert Seiten starken Aktenordner (s. Foto) hat Hessenauer Zeitungsartikel über den Fall Reinefarth gesammelt und kommentiert. Das Dokument, das im Archiv des Landtages erhalten geblieben ist, erlaubt eine Rekonstruktion der Ereignisse des Novembers und Dezembers 1958 – von den ersten Berichten bis zu einer persönlichen Erklärung Reinefarths im Landtag.



21. November 1958: Auf der Herbstvollversammlung des Kieler Jugendrings sagt Hessenauer: „Aus meiner politischen Sicht dürfen Reinefarths nicht mehr im politischen Leben aktiv sein. Das wäre eine Tod-sünde an der Demokratie.“ 160 junge Leute applaudieren. Die Presse, die bereits vor der Landtagswahl über die Personalie Reinefarth berichtet hatte, greift das Thema erneut auf. Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung meldet Hessenauers Sätze zuerst, es folgen die Kieler Nachrichten, die Lübecker Nachrichten, dann die Frankfurter Allgemeine und weitere überregionale Blätter.

25. November 1958: Eine Gruppe Berufsschüler besucht den Landtag, diskutiert mit Abgeordneten und bringt den Fall Reinefarth zur Sprache. Der BHE-Fraktionsvorsitzende Alfred Gille hält laut Stuttgarter Zeitung eine „leidenschaftliche Rede“, in der er Reinefarth als „einen untadeligen Deutschen in Vergangenheit und Gegenwart“ und als „leuchtendes Beispiel für die deutsche Jugend“ darstellt. Berichte über angebliche Kriegsverbrechen seien „lediglich Verleumdungen der Kommunisten“. Später wird Gille behaupten, ihm seien „Formulierungen unterstellt worden, die ich nie gebraucht habe“.

Eines der wenigen Bilder, die Heinz Reinefarth als Abgeordneten zeigen. Er sitzt in der dritten Reihe. Im Vordergrund die Fraktionsspitzen der CDU.

Reinefarth wird in die Gesprächsrunde geholt. Er ergreift nicht selbst das Wort, verfolgt die Ausführungen seines Fraktionsvorsitzenden aber laut FAZ „heiter lächelnd“. Der SPD-Abgeordnete Walter Damm protestiert vehement gegen Gilles Lobrede und verlässt schließlich empört den Raum. Günter Heinz, Pressechef des Landtages und Moderator der Diskussion, wird mit den Worten zitiert: „Ich hatte den Eindruck, als ob die Abgeordneten im nächsten Augenblick Handgranaten schleudern würden.“

26. November 1958: Die CDU/FDP-Landesregierung meldet sich zu Wort. Kultusminister Edo Osterloh (CDU) ruft den Oberregierungsrat Hessenauer in seiner Funktion als „vorgesetzter Minister“ auf, sich im Fall Reinefarth zurückzuhalten. Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) dringt in einem Schreiben an Hessenauer darauf, „dass der Schlussstrich unter die Entnazifizierung (...) auch durch die Beamten des Landes respektiert wird“. BHE-Mann Gille legt in einem Brief an den Ministerpräsidenten nach und beschwert sich über die „üble parteipolitische Hetze“ Hessenauers.

28. November 1958: SPD-Oppositionsführer Wilhelm Käber moniert, dass Hessenauer von der Landesregierung „zurückgepfiffen“ werde. Er warnt davor, den Landesbeauftragten für staatsbürgerliche Bildung als „verlängerten Arm der jeweiligen Regierung“ zu behandeln. Hessenauer tritt am Abend in der Volkshochschule Lensahn auf und wird laut Stuttgarter Zeitung „mit Ovationen“ empfangen. Unterstützer beschenken Hessenauer in den folgenden Tagen einen „Posteingang, wie er ihn von Amtswegen noch nicht erlebt hat“, wie die Süddeutsche Zeitung berichtet. Rückendeckung kommt zum Beispiel vom „Politischen Arbeitskreis“ der schleswig-holsteinischen Schüler, vom Studentenparlament der Kieler Uni, vom Internationalen Studentenbund, vom Bezirksverband Eutin der Jungen Union und von der Europa-Union, deren Landesvorsitzender Hessenauer ist.

30. November 1958: Der CDU-Landesvorstand übt milde Kritik an Hessenauer. Dieser ist selbst Christdemokrat und war Landesvorsitzender der Jungen Union. Hessenauer habe zwar bei seiner Äußerung „den richtigen Grundgedanken“ verfolgt, heißt es in einer Erklärung. Allerdings sei es „unzweckmäßig“, die NS-Verstrickung von Amtsträgern „durch die Heranziehung des ‚Falles Reinefarth‘ zu personalisieren“, zumal

„objektiv festgestellt worden ist, dass Reinefarths Wahl in den Landtag rechtmäßig ist“. Die linke Kieler Volkszeitung attackiert die CDU daraufhin als „Schwachdemokraten“. Die CDU-nahen Kieler Nachrichten empfehlen ein Ende der Debatte: „Schwamm drüber.“

2. Dezember 1958: Hessenauer wehrt sich laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung gegen die Einflussnahme der Landesregierung. Er bleibe bei seiner Kritik an Reinefarth, zumal „mangelnde politische Einsicht und fehlende Zivilcourage (...) schon einmal die Ursache für eine Katastrophe“ gewesen seien.

4. Dezember 1958: Das Thema erreicht die Bundeshauptstadt Bonn. Die Bundes-CDU warnt in einer Pressemitteilung vor einem „Rückfall in die Entnazifizierung“. Man solle den Fall Reinefarth „nicht dramatisieren“. Die SPD ruft den Kieler Ministerpräsidenten auf, „Dr. Hessenauer souverän in Schutz zu nehmen und den Gilles und Reinefarths zu sagen, dass es bereits einmal eine politische Partei gab, die so begann“.

Hessenauer kontra Reinefarth:
Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung berichtet am 12. Dezember 1958.

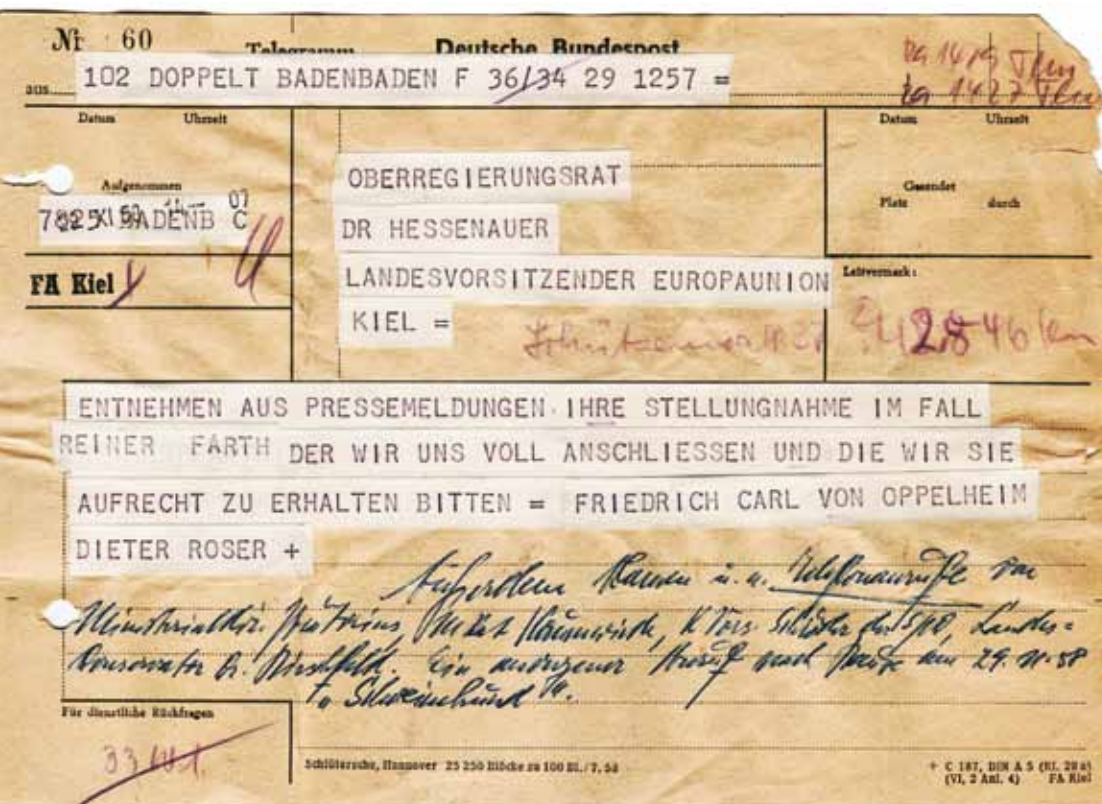
Europa-Union billigt die Äußerungen Dr. Hessenauers

Bonn (Ino). Das Präsidium der Europa-Union Deutschlands billigte in einer Erklärung am Donnerstag die Kritik des Landesbeauftragten für staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein, Dr. Ernst Hessenauer, am politischen Wiederauftreten einzelner ehemals führender Nationalsozialisten.

Gemeinsam mit Dr. Hessenauer, der auch Landesvorsitzender der Europa-Union Schleswig-Holsteins ist, sei das Präsidium der Meinung, daß die mangelnde politische Zurückhaltung führender Funktionäre des sogenannten Dritten Reiches die deutsche Demokratie in ein schiefes Licht setze und vor allem jenen Kräften im Ausland Vorschub leiste, die durch den Hinweis auf eine angebliche „Renazifizierung“ Deutschlands „die Aussöhnung und den Zusammenhalt der Völker verhindern“ wollen. Gerade im Augenblick der Berlin-Krise brauche das deutsche Volk aber das Vertrauen der freien Welt, betonte das Präsidium.



Landesbeauftragter für staatsbürgerliche Bildung, Dr. Ernst Hessenauer (links), und Heinz Reinefarth, SS-General a. D., Bürgermeister von Westerland, Abgeordneter des BHE im Schleswig-Holsteinischen Landtag.
Fotos: Großer



Prominente Unterstützung: Am 29. November 1958 bekunden Friedrich Carl von Oppenheim und Dieter Roser per Telegramm aus Baden-Baden ihre Rückendeckung für Ernst Hessenauer. Oppenheim, Sohn einer jüdischen Bankiersfamilie aus Köln, ist zu diesem Zeitpunkt Bundesvorsitzender der Europa-Union. Roser ist SPD-Bürgermeister von Esslingen in Baden-Württemberg. Der Schalterbeamte im Telegrafenam hatte offenbar Schwierigkeiten mit Namen. Das Telegramm im Wortlaut: „Entnehmen aus Pressemeldungen Ihre Stellungnahme im Fall Reiner Farth (sic!), der wir uns voll anschließen und die wir Sie aufrecht zu erhalten bitten.“ Unten auf dem Telegramm hat Hessenauer handschriftlich vermerkt, er habe zudem zahlreiche Telefonanrufe erhalten. Unter anderem habe ihn ein anonymes Anrufer als „Schweinehund“ bezeichnet.

10. Dezember 1958: „Mohrenwäsche an einem SS-General“, ist die Seite 3 der Süddeutschen Zeitung überschrieben. Man hätte den Lesern gerne ein Bild von Reinefarth gezeigt, wie er im Landtag seinen Eid als Abgeordneter ablegt, betont der Korrespondent des Münchener Blattes. Doch leider habe „einem eigens für diesen Zweck bestellten Photographen im geeigneten Augenblick das Blitzlicht versagt“.

Nach Darstellung der SZ hat „ein erst kürzlich aus der DDR geflüchteter Junglehrer“ Ernst Hessenauer auf die Person Reinefarth aufmerksam gemacht. Zuvor hatte die Defa in der DDR eine Filmdokumentation über den Fall mit dem Titel „Urlaub auf Sylt“ produziert. Die Lübecker Nachrichten argwöhnen, „daß man sich in Pankow (Sitz der DDR-Regierung, Anm. d. Red.), wo fleißig Material gegen bundesrepublikanische Bürger gesammelt wird, wieder einmal die Hände reiben kann“.

11. Dezember 1958: In einer Ansprache im NDR-Hörfunk bekräftigt Ministerpräsident von Hassel seine Auffassung: Hessenauer habe als Beamter „nicht nur Zivilcourage, sondern auch Takt zu üben“. Denn Reinefarths Wahl in den Landtag sei „demokratisch legal“ gewesen. Das Hamburger Abendblatt widerspricht: „Vieles ist gesetzlich zulässig und trotzdem geistig und moralisch vom Übel.“ Hessenauer erwidert in einer Pressemitteilung, „der wache Teil der Jugend“ sehe die Demokratie in Gefahr und „erwartet eindeutige Antworten“.

12. Dezember 1958: Die FAZ veröffentlicht SS-Akten, polnische Zeugenaussagen und Dokumente des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals zur Rolle Reinefarths im Warschauer Aufstand. Sie belasten den BHE-Abgeordneten schwer. Ein anderer SS-General hat Reinefarth demnach im September 1944 auf die „Schweineereien“ seiner Truppen angesprochen. Gemeint waren die Massaker an der Zivilbevölkerung. Reinefarth habe auf einen Befehl des SS-Reichsführers Heinrich Himmler verwiesen, „daß jeder Einwohner Warschaus, auch Frauen und Kinder, erschossen werden sollten“.

16. Dezember 1958: In der Sitzung des Landtages herrscht Zähneknirschen bei den anderen Parteien. SPD-Fraktionschef Käber bezeichnet Reinefarth als „besonders hervorragenden Repräsentanten eines totalitären Systems“. Aber: „Bedauerlicherweise gibt es für uns keine Handhabe, das Ergebnis der Wahl in diesem Falle zu korrigieren.“ Der Abgeordnete Walter Mentzel stellt für die Christdemokraten klar, dass „die CDU einen früheren SS-General niemals als Kandidaten für eine Landtagswahl zugelassen hätte“. FDP-Mann Heinrich Wolgast appelliert an das „politische Fingerspitzengefühl“ aller Parteien, keine hohen Nazis in wichtige Stellungen zu bringen.

Reinefarth ergreift erneut nicht das Wort, aber er äußert sich in einer schriftlichen Erklärung. Darin stilisiert er sich zum Widerstandskämpfer: „Ich habe dem verbrecherischen System nicht gedient, sondern unter Einsatz von Freiheit und Leben gegen das Unsinnige und Verbrecherische dieses Systems gekämpft.“

Nachspiel:

Mit der Landtagssitzung vom Dezember 1958 enden Hessenauers Aufzeichnungen.

Ernst Hessenauer leitet die Landeszentrale für politische Bildung bis 1984, kämpft gegen „Staatsverdrossenheit“ und für eine Aussöhnung mit Israel. Er stirbt 2014 im Alter von 92 Jahren.

Heinz Reinefarth bleibt bis 1962 Landtagsabgeordneter. Schwerpunkte seiner Arbeit sind die Kommunal-, Finanz- und Wirtschaftspolitik. 1963 tritt er als Bürgermeister von Westerland zurück, nachdem die Staatsanwaltschaft erneut Ermittlungen aufgenommen hat. Auch dieses Verfahren wird eingestellt, obwohl neue Dokumente vorliegen. Darin wird Reinefarth unter anderem die Aussage zugeschrieben, er habe leider nicht genug Munition gehabt, um alle Polen „umlegen“ zu können. Nach seiner Politiker-Karriere arbeitet er als Rechtsanwalt. Heinz Reinefarth stirbt 1979 im Alter von 75 Jahren auf Sylt.

Karsten Blaas

Mehr zum Thema: Seite 28

Vom Untermieter zum Hausherrn

Vor zehn Jahren wurde das Landeshaus zum reinen Parlamentssitz

Zehn Jahre ist es her, als sich Dutzende Mitarbeiter mit Hunderten Umzugskartons auf den Weg machten – und damit die Gewaltenteilung in Schleswig-Holstein auch architektonisch verwirklichten. Die Staatskanzlei packte im August 2006 ihre Siebensachen im Landeshaus zusammen und siedelte ins ehemalige Landwirtschaftsministerium über, 300 Meter weiter nördlich am Förde-Ufer. Damit wurde das Landeshaus zum reinen Parlamentssitz.

Weißer Holzgitter vor den Heizungen, Schallschutzwand, lange Vorhänge in Creme: Heute erinnert nur wenig an die Zeit unter Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, als das wasserseitige Eckbüro in der ersten Etage des Landeshauses die Machtzentrale Schleswig-Holsteins war. Wo über die Jahrzehnte Regierungschefs wie Carstensen (CDU), Heide Simonis und Björn Engholm (beide SPD) oder Uwe Barschel (CDU) residierten, teilen sich jetzt Mitarbeiter der Grünen-Fraktion die rund 60 Quadratmeter. Gummi-Sitzball und Topf-Pflanzen statt Landesflagge und Stapeln von Regierungsmappen.

Theater und Hörsaal als Tagungsorte

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte das neu gegründete Nord-Parlament zunächst keinen festen Sitz – die ersten Landtage ab 1946 hielten ihre Plenarversammlungen an verschiedenen Orten in Kiel ab: im Neuen Stadttheater – dem heutigen Schauspielhaus –, im Hörsaal der Milchforschungsanstalt oder im Festsaal der Pädagogischen Hochschule. Oder sie gingen auf Wanderschaft durchs Land (siehe Seite 16). 1950 zog das Parlament schließlich in die gerade wiederhergestellte frühere Marineakademie ein. Der Name „Landeshaus“ hatte sich bald eingebürgert. „Das Wandern des Schleswig-Holsteinischen Landtages ist nun vorbei; wir haben unseren eigenen Plenarsaal“, freute sich Landtagspräsident Karl Ratz zu Beginn der ersten Sitzung in neuer Umgebung am 3. Mai 1950. Allerdings: Der Landtag war nun Untermieter der Landesregierung.

Raumsituation war „unerträglich“

Das Landesparlament rückte unter ein Dach mit der Landeskanzlei, der späteren Staatskanzlei, und mit Abteilungen mehrerer Landesministerien. Hausherr war das Innenministerium, das die Mehrzahl der Räume nutzte. Schnell platzte das Gebäude aus allen Nähten. Mitarbeiter und Abgeordnete bezeichneten ihr Arbeitsumfeld als „unzulänglich“, „unerträglich“ und „eines Parlaments unwürdig“. Ab Ende der 50er Jahre war ein Landtagsneubau im Gespräch. Diskutierte Standorte: der Kieler Schlossgarten, ein Gelände beim Wirtschaftsministerium, später auch das Kieler Schloss und das Conti-Hansa-Hotel am Seegarten.

Aus drei Standorten wird einer

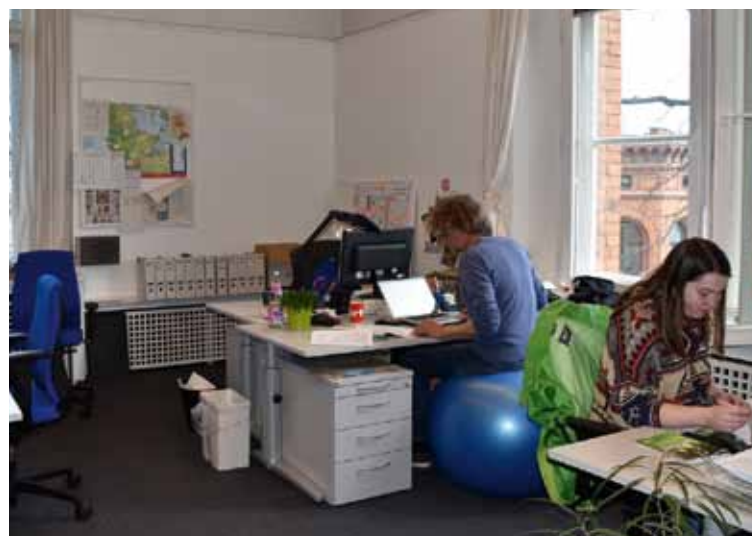
Aus Kostengründen blieb es beim Landeshaus als Parlamentssitz. Es folgten Um- und Anbauten. Nach und nach zog die Regierung aus. So erhielt das Innenministerium 1983 einen Neubau in unmittelbarer Nachbarschaft. Als letztes siedelte im Sommer 2006 die Staatskanzlei, die zuvor auf drei Standorte verteilt war, mit rund 140 Mitarbeitern komplett um. An zwei Wochenenden im August bezogen die Staatsdiener ihr neues Domizil.

„Wir wollen preiswerter arbeiten“

Das Ziel des Großzugs: Kosten sparen. Die unter der CDU/SPD-Koalition 2005 neu zugeschnittenen Ressorts sollten räumlich unter ein Dach. „Wir könnten in den derzeitigen Strukturen auch ohne Umzug arbeiten, aber wir wollen besser und vor allem preiswerter arbeiten“, begründete Carstensen den Tapetenwechsel. Im Landeshaus waren zuvor nur noch der „MP“ sowie sein Stab und die Pressestelle ansässig. Am 4. September 2006 führte der Ministerpräsident seine Amtsgeschäfte erstmals vom neuen Dienstsitz aus. Damit war Schleswig-Holstein das letzte Flächenland, das Legislative und Exekutive, Parlament und Regierung, auch räumlich voneinander trennte.

Janine Wergin

Blauer Sitzball statt blau-weiß-roter Landesflagge: Die Grünen-Fraktion (rechts) nutzt heute das ehemalige Ministerpräsidentenbüro von Peter Harry Carstensen



Festakt zum Jubiläum

Schlie: „Die Demokratie ist fest verwurzelt“

Vor 70 Jahren, im Februar 1946, trat in Kiel der erste Schleswig-Holsteinische Landtag nach dem Krieg zusammen. Die Abgeordneten wurden nicht gewählt, sondern von der britischen Besatzungsmacht ernannt. Dennoch sahen sie sich als Vertreter der Menschen im Lande – und erließen am 12. Juni 1946 eine vorläufige Landesverfassung.

Fast auf den Tag genau sieben Jahrzehnte später lud der Landtag 400 Gäste an den Ort der ersten Landtagssitzung, das Kieler Schauspielhaus. Zu Beginn des Festaktes blickte Landtagspräsident Klaus Schlie zurück, nahm aber auch eine aktuelle Bestandsaufnahme vor und schaute voraus auf kommende Aufgaben. Hier seine Rede in Ausschnitten:

Die Vergangenheit: Ein neues Land braucht verantwortungsvolle Bürger

„Die britische Militärregierung machte uns damals die Demokratie nicht zum Geschenk – denn Demokratie kann man nicht schenken oder verschenken. Demokratie muss man sich erarbeiten, und zwar nicht nur einmalig, sondern jeden Tag wieder aufs Neue. Was uns die Briten damals hingegen schenkten, war Vertrauen: das Vertrauen auf einen demokratischen Neuanfang.

Schleswig-Holstein wurde nicht gegründet, es wurde völlig neu geboren, und dieser Geburtsvorgang dauerte einige Jahre. Am Beginn dieser Geburt stand der Landtag.

Das Land ‚Schleswig-Holstein‘ ist 1946 ins Leben getreten. Woran es damals – noch – fehlte, das waren ‚Schleswig-Holsteinerinnen‘ und ‚Schleswig-Holsteiner‘, das waren selbstbewusste Demokraten, verantwortungsvolle Bürger und engagierte Menschen, ohne die eine Demokratie nicht lebensfähig ist.“

Die Gegenwart: Schleswig-Holstein ist demokratisch und weltoffen

„Schleswig-Holsteiner‘ zu sein, das kann heute vieles selbstverständlich mit einschließen. Wir sprechen Deutsch, Dänisch, Friesisch und natürlich gerne auch Plattdeutsch.

Wir sprechen aber auch Romanes, Türkisch, Italienisch, Polnisch und Schwedisch. Wir sind Christen, Juden, Muslime, Buddhisten oder Atheisten, wir verstehen uns als Brücke nach Skandinavien und in den Ostseeraum und als Drehkreuz des Nordens in alle Himmelsrichtungen.

Wir sind weltoffen, auch weil uns die Welt, die in unterschiedlicher Gestalt zu uns gekommen ist, offener gemacht hat.

Wir sind 70 Jahre nach den ersten neuen demokratischen Gehversuchen, nach 18 demokratisch gewählten Landtagen, ein Land, in dem die parlamentarische Demokratie verwurzelt ist. Diese Wurzeln sind fest, tief und stark. Davon bin ich nicht allein mit Blick auf unsere Geschichte, sondern vor allem auch mit Blick auf unsere Gegenwart und auch auf die Zukunft überzeugt.“

Die Zukunft: Wir müssen für den Parlamentarismus werben

„Mittlerweile leben einige Generationen von jüngeren Menschen in Schleswig-Holstein, für die unser Land, sein demokratisches System, seine soziale Absicherung und sein wirtschaftlicher Wohlstand Selbstverständlichkeiten sind.

Das ist eine zweischneidige Angelegenheit, denn wir wissen, dass von vielen demokratische Errungenschaften – ich möchte hier aus gegebenem Anlass vor allem an das allgemeine Wahlrecht erinnern – weniger Gebrauch gemacht wird, je selbstverständlicher sie geworden sind.

Wir müssen immer wieder, vor allem unter den jungen Menschen, für die Idee des Parlamentarismus werben und dessen Funktionsweise bekannt machen; wir müssen aber zugleich auch die neuen Formen des gesellschaftspolitischen Engagements aufgreifen und für unsere parlamentarische Demokratie und damit für die gesamte Gesellschaft nutzbar machen.“

Vier Präsidenten aus drei Jahrzehnten:

Vor dem Schauspielhaus traf Landtagspräsident Klaus Schlie (2. v. re.) seine Amtsvorgänger (v. li.) Torsten Geerds (2009 bis 2012), Ute Erdsiek-Rave (1992 bis 1996) und Martin Kayenburg (2005 bis 2009).



Sätze zum Siebzigsten

Beim Festakt im Schauspielhaus ging NDR-Moderator Stefan Böhnke (Bild Mitte) mit fünf Politikern und einem Historiker auf Zeitreise durch 70 Jahre Landespolitik.



» Heiko Hoffmann (2. v. re.), Jahrgang 1935, von 1973 bis 1991 für die CDU im Landtag, Fraktionsvorsitzender, Justizminister, Oppositionsführer:

„Es war in den Nachkriegsjahren ein großer Erfolg der CDU, diejenigen zu integrieren, die willens waren, eine Demokratie aufzubauen – auch wenn sie vor 1945 noch keine Demokraten waren.“

» Karl-Martin Hentschel (3. v. re.), Jahrgang 1950, von 1996 bis 2009 für die Grünen im Landtag, Fraktionsvorsitzender:

„Demokratie entsteht nicht dadurch, dass man Wahlen einführt. Sie muss erkämpft werden. Als Schüler habe ich Flugblätter verteilt. Da wurde ich als Irrer angesehen, und es hieß: Geh doch in den Ostblock!“

» Wolfgang Kubicki (2. v. li.), Jahrgang 1952, seit 1992 für die FDP im Landtag, Fraktionsvorsitzender:

„Ein Hintergrund der Kieler Affären in den 80er und 90er Jahren: Wir hatten in Schleswig-Holstein eine CDU, die konservativer war als anderswo und die sich als Staatspartei begriffen hat. Und wir hatten eine SPD, die linker war als anderswo und die sich immer noch als Verfolgte des Nazi-Regimes begriffen hat.“

» Gisela Böhrk (re.), Jahrgang 1945, von 1975 bis 2005 für die SPD im Landtag, Frauenministerin, Bildungsministerin:

„Als junge Frau war ich im Landtag allein unter alten Männern. Männer und Frauen ticken in vielen Situationen anders, und sie halten andere Dinge für wichtig. Das muss sich auch im Parlament abbilden.“

» Anke Spoorendonk (3. v. li.), Jahrgang 1947, von 1996 bis 2012 für den SSW im Landtag, seitdem Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

„Wir brauchen eine ordentliche Streitkultur, damit die Unterschiede klar werden. Aber wir brauchen auch den Willen zu guten Kompromissen. Keiner sollte seine Optimalposition durchdrücken wollen.“

» Uwe Danker (li.), Jahrgang 1956, Professor für schleswig-holsteinische Geschichte an der Universität Flensburg:

„Es ist ein großer Wert, dass wir es inzwischen normal finden, wenn mal diese und mal jene Partei in der Regierung ist.“

Zusammengezählt

In 70 Jahren Landtag gab es ...

- 13 Landtagspräsidenten (davon zwei Frauen)
- 15 Parteien im Parlament (BHE, CDU, DKP, DLVH, DP, DVU, FDP, Grüne, KPD, Linke, NPD, Piraten, SHB, SPD, SSW. Nur CDU und SPD saßen in allen Landtagen seit 1946).
- 27 Untersuchungsausschüsse
- 141 Regierungserklärungen
- 654 Abgeordnete (davon 124 Frauen)
- 1.654 verabschiedete Gesetze
- 1.680 Plenarsitzungstage. Das entspricht einer „Dauersitzung“ von vier Jahren, sieben Monaten und sieben Tagen.
- 12.164 Ausschusssitzungen
- 14.244 Kleine Anfragen
- 34.877 Drucksachen

(Quelle: Informations- und Dokumentationsdienst des Landtages)

Noch ein Jubiläum: 20 Jahre Grüne

Am Rande des großen Jubiläums gab es im Landtag einen weiteren Jahrestag zu feiern: Die Grünen blicken auf 20 Jahre im Parlament zurück. Fraktionschefin Eka von Kalben zog Ende Mai eine Erfolgsbilanz – und bekräftigte den Willen ihrer Partei, auch in Zukunft verändern und gestalten zu wollen. Landtagspräsident Klaus Schlie lobte die „lieben Grünen“ als Bereicherung für die Politik im Land: „Wir hatten es immer mit einer ‚bunten Truppe‘ und guten Persönlichkeiten zu tun.“

Insgesamt 24 Abgeordnete und sechs Minister in drei Landesregierungen haben die Grünen seit 1996 aufzuweisen. Sie regierten von 1996 bis 2005 mit der SPD und seit 2012 zusätzlich mit dem SSW.

Polizei will „Body Cams“ testen – Innenausschuss ist skeptisch

Im kommenden Jahr könnte die Polizei bei Großveranstaltungen mit Schulterkameras unterwegs sein. Jörg Muhlack, Chef der Polizeiabteilung im Innenministerium, kündigte Anfang Juni im Innen- und Rechtsausschuss ein entsprechendes Konzept an. Konkret gehe es um die Kieler Woche, die Travemünder Woche, die Holstenküste in Neumünster und das Wacken-Open-Air, aber auch um Fußballspiele. Die Reaktion: Überraschung und Skepsis.

Innenminister Stefan Studt (SPD) habe den Auftrag für einen Test mit sogenannten „Body Cams“ gegeben, berichtete Muhlack. Die Idee: Radaubröder sollen zur Besinnung kommen, wenn sie merken, dass die Kamera auf sie gerichtet ist. Muhlack verwies auf knapp 1.100 Übergriffe gegen Polizisten im vergangenen Jahr. Bis Ende November will das Ministerium das Konzept ausarbeiten, im Jahr 2017 soll dann das „Pilotprojekt“ an den Start gehen.

Er sei „überrascht“ von dem Vorstoß, bekannte der SPD-Abgeordnete Kai Dolgner. Er könne „die Notwendigkeit nicht erkennen“, die „Body Cams“ bei Großereignissen zu testen. Denn die 75.000 Gäste des Wacken-Festivals hätten im vergangenen Jahr lediglich 150 Straftaten begangen. Der Großteil seien Diebstähle und Drogendelikte gewesen. Widerstand gegen Polizisten habe es nicht gegeben. Patrick Breyer (Piraten) klagte, es gebe „keine Untersuchung, die irgendeinen Nutzen belegen würde“. Er drohte mit einer Klage gegen das Modellprojekt. Die CDU sei zwar im Grundsatz für die Kameras, unterstrich



Bei Großdemos setzt die Polizei bereits Kameras ein. Nun sollen weitere Einsätze dazukommen.

Astrid Damerow. Allerdings sei die Polizei eher bei Familienstreitigkeiten oder auf der Diskomeile gefährdet – und nicht bei Volksfesten.

Der Ausschuss will nun regelmäßig beim Ministerium nachhaken, wie sich das Konzept entwickelt.



Wirtschaftsausschuss in St. Petersburg – Vogt: „Hoffe auf schnelle Entspannung“

Russlandreise in angespannter Zeit: Der Wirtschaftsausschuss des Landtages hat im März St. Petersburg besucht. Die Abgeordneten wurden von einer Wirtschaftsdelegation und dem Lübecker Bürgermeister Bernd Saxe begleitet. Gesprächspartner waren Vertreter der Hafengewirtschaft, der Kommunalpolitik sowie deutscher Unternehmen, die in Nordwestrussland aktiv sind. Was waren die Ergebnisse der Reise? Die Landtagszeitschrift hat beim Ausschussvorsitzenden, dem FDP-Abgeordneten Christopher Vogt, nachgefragt.

Wie sehr leidet der Russlandhandel unter den Sanktionen der EU wegen der Ukraine-Krise?

Die Sanktionen haben die russische Wirtschaft hart getroffen, und das spüren wir natürlich auch in Schleswig-Holstein – vor allem in den Häfen, bei denen sich der Russlandhandel zu einem wichtigen Standbein entwickelt hatte. Die Sanktionen haben zumindest ihre wirtschaftliche Wirkung nicht verfehlt, auch wenn russische Vertreter uns gegenüber so getan haben, als wären sie kein großes Problem. Noch schmerzhafter für die Russen sind aber die anhaltend niedrigen Weltmarktpreise für Öl und Gas.

Welche Erwartungen hat die Wirtschaft in Schleswig-Holstein und in St. Petersburg an die Politik?

Man hofft natürlich auf beiden Seiten auf eine schnelle Entspannung der politischen Lage, auch wenn sicherlich niemand naiv ist. Die russische Wirtschaft ist deutlich stärker vom Handel mit uns abhängig

als andersherum, weil viele Produkte in Russland bisher gar nicht hergestellt und immer nur importiert wurden. Die Russen haben es versäumt, ihre Wirtschaft unabhängiger vom Öl- und Gas-Export zu machen. Das können sie auch nicht kurzfristig nachholen. Man könnte sich wirtschaftlich wieder gut ergänzen.

Was können solche Begegnungen auf regionaler Ebene bewirken?

St. Petersburg ist seit 1957 Partnerstadt Hamburgs, und das Interesse der regionalen Politik und Wirtschaft an Schleswig-Holstein ist sehr groß. Wir sollten nicht übersehen, dass es da am anderen Ende der Ostsee eine Fünf-Millionen-Einwohner-Metropole gibt. Für Außenpolitik sind wir nicht zuständig, aber für Wirtschaftsdelegationen sind wir im Ausland ein Türöffner. Die Kontakte können nach einer hoffentlich bald eintretenden Entspannung helfen, den wirtschaftlichen Austausch schnell wieder zu intensivieren.

Umweltausschuss diskutiert über Zugvögel

Gans oder gar nicht?

Wenn die Wildgänse kommen, dann jubeln die Vogelfreunde. Aber viele Bauern klagen, dass das Federvieh ihnen die Felder leerfrisst. Zehntausende Nonnen-, Ringel- und Graugänse rasten jedes Frühjahr an Schleswig-Holsteins Westküste - Tendenz steigend, denn die Jagd ist weitgehend verboten. Damit Tier und Mensch miteinander auskommen, soll die Landesregierung aktiv werden. Das hat der Umwelt- und Agrarausschuss Mitte Mai einstimmig gefordert, das Plenum schloss sich im Juni an.

Das Umweltministerium soll prüfen, wie viele Gänse im Lande Station machen. Daten liefert zum Beispiel das Erfassungsportal „ornitho.de“. Dort sammeln freiwillige Helfer ihre Vogelbeobachtungen. Außerdem soll die Landesregierung per Internetportal bei den Bauern nachfragen, welche Schäden die Wildvögel bei ihnen verursachen. Eine Möglichkeit zur finanziellen Entschädigung bietet der Vertragsnaturschutz: Der Landwirt lässt die Vögel in Ruhe und bekommt dafür jährlich rund 400 Euro pro Hektar vom Land.

Es müsse darum gehen, „den Schutz der Gänse und die finanzielle Entlastung der



Ringelgänse auf Hallig Hooge: 80.000 dieser Vögel haben in diesem Frühjahr das schleswig-holsteinische Wattenmeer bevölkert. Die „Ringelganstage“ auf Hooge sind inzwischen ein Touristenmagnet.

Landwirte“ in Einklang zu bringen, sagte der CDU-Abgeordnete Klaus Jensen von der Insel Pellworm in der Ausschusssitzung. Er hatte die Debatte im April auf die Tagesordnung gesetzt.

Umweltminister Robert Habeck (Grüne) wies darauf hin, dass der Gänsezug eine internationale Angelegenheit sei. Denn die Tiere kommen im Frühjahr aus ihren Winterquartieren in Spanien, Frankreich oder England. Schleswig-Holstein ist Zwischenstation auf dem Weg zu den Brutgebieten in der Arktis. Auf Wiesen und Äckern fressen sie sich die Kraftreserven an, die sie für ihre 4.000 Kilo-

meter lange Weiterreise benötigen. Ein „Gänse-Management“ mache nur Sinn, wenn es von allen Watt-Anrainern gemeinsam betrieben werde, betonte Habeck. Das Land wolle deshalb zusammen mit Dänemark, Niedersachsen und den Niederlanden die „Bestände bewirtschaften“.

Das sieht auch die Empfehlung des Umweltausschusses vor: Er fordert „abgestimmte Managementpläne“ für Grau- und Nonnengänse, deren Bestände sich gut erholt haben. Gemeinsam mit Landwirten, Jägern und Naturschützern sollen „Duldungs- und Nichtduldungsgebiete“ festgelegt werden.

Ausschüsse: mehr als 50 Termine im zweiten Halbjahr

Die Ausschüsse des Landtages haben im zweiten Halbjahr 2016 ein volles Programm. Im Zentrum stehen, wie in jedem Herbst, die Beratungen über den Landshaushalt des nächsten Jahres unter Federführung des Finanzausschusses. Viele Sitzungen sind öffentlich. Tagesordnungen sowie eventuelle Terminänderungen stehen im Internet: www.sh-landtag.de, Rubrik „Dokumente“.

Innen- und Rechtsausschuss:

7. September, 14. September, 28. September, 5. Oktober, 2. November, 9. November, 23. November, 30. November, 7. Dezember – jeweils mittwochs um 14:00 Uhr.

Finanzausschuss:

8. September, 15. September, 29. September, 5. Oktober, 6. Oktober, 10. Oktober (an diesen drei Terminen Haushaltsberatungen, gemeinsam mit den anderen Ausschüssen),

3. November, 10. November, 17. November (zur Nachschiebeliste der Landesregierung), 24. November, 1. Dezember (Vorlage der Fraktionsanträge zum Haushalt), 8. Dezember (Beschlussfassung über den Haushalt)

Bildungsausschuss:

8. September, 29. September, 3. November, 1. Dezember – jeweils donnerstags um 14:00 Uhr

Sozialausschuss:

8. September (Runder Tisch „Heimerziehung“), 15. September, 29. September (Runder Tisch „Heimerziehung“), 6. Oktober, 10. November, 24. November – jeweils donnerstags um 14:00 Uhr

Umwelt- und Agrarausschuss:

14. September, 28. September, 2. November, 23. November – jeweils mittwochs um 14:00 Uhr.

Wirtschaftsausschuss:

7. September, 28. September, 2. November,

23. November – jeweils mittwochs um 10:00 Uhr.

Europaausschuss:

14. September, 5. Oktober, 9. November, 30. November – jeweils mittwochs um 10:00 Uhr.

Petitionsausschuss:

13. September, 4. Oktober, 1. November, 15. November, 29. November, 13. Dezember – jeweils dienstags um 10:00 Uhr (die Sitzungen sind in der Regel nicht öffentlich, da hier die persönlichen Anliegen von Bürgern beraten werden).

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zum Thema „Friesenhof“/Heimaufsicht:

5. September, 12. September, 26. September, 31. Oktober, 7. November, 21. November, 28. November, 12. Dezember – jeweils montags um 10:00 Uhr (die Sitzungen sind teilweise nicht öffentlich).

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Eingliederungshilfe: Der Landesrechnungshof (LRH) bekommt ein Prüfrecht für die 685 Millionen Euro schwere Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Einstimmig verabschiedete der Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf der FDP. Bisher waren Vorstöße von CDU und Liberalen, die Verteilung der Mittel vom LRH kontrollieren zu lassen, am Widerstand der Wohlfahrtsverbände und an unterschiedlichen Zusammensetzungen der Landesregierung gescheitert. Die Wohlfahrtsverbände empfanden Kontrollen der Rechnungsprüfer als Misstrauensvotum.

Tenor im Landtag: Das Prüfrecht führe zu mehr Transparenz und liege im Interesse der Menschen mit Behinderung. Es gehe darum, „einen der größten Einzeltitel im Landeshaushalt zu überprüfen“ und zu sehen, ob „möglicherweise noch Luft im System ist“, erläuterte Heiner Garg (FDP). Auch die Sozialdemokraten stimmten zu, nachdem sie das Prüfrecht jahrelang abgelehnt hatten. Der Kreise hätten es versäumt, so der Abgeordnete Wolfgang Baasch, ein eigenes Kontrollsystem aufzubauen. Hierfür hatten sie einen Zuschuss von 1,5 Millionen Euro erhalten. Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) rechnet mit weiter steigenden Ausgaben für die Eingliederungshilfe. Auch deshalb seien Kontrollen unabdingbar.

(Drucksache 18/4218)

Landesbauordnung: Beschleunigte Genehmigungsverfahren und abgesenkte Standards: Das sieht die von der Koalition verabschiedete Reform der Landesbauordnung (LBO) vor. Bei Miethäusern gibt es beispielsweise weniger Vorgaben für Autostellplätze, Deckenhöhen, Balkone oder Aufzüge. Nicht angetastet werden indes Standards bei Brandschutz und Statik.

Landtag und Landesregierung haben damit einen Entwurf aus dem März 2015 ergänzt. Anlass war der Flüchtlingszustrom. Ziel ist es, zügig neuen, günstigen Wohnraum zu schaffen. Die Landesregierung hält den

Bau von 20.000 zusätzlichen Wohnungen binnen fünf Jahren für erforderlich. Die neuen Wohnungen sollen allen Bevölkerungsgruppen offen stehen – also nicht nur Asylbewerbern, sondern allen Menschen, die über einen Wohnberechtigungsschein verfügen. Kritiker aus der Opposition befürchten, Standardsenkungen könnten hohe Folgekosten nach sich ziehen, wenn die Wohnungen später nicht mehr von Flüchtlingen genutzt werden und Nachrüstungen erforderlich sind.

Weitere Elemente der geänderten Bauordnung: Nunmehr sind für nachträgliche energetische Sanierungen keine gesonderten Genehmigungsverfahren mehr erforderlich. Der Bauherr kann sofort loslegen, wenn er die entsprechenden Anforderungen der LBO und Vorschriften wie örtliche Satzungen oder Natur- und Denkmalschutzbestimmungen einhält. Der Verzicht auf ein Baugenehmigungsverfahren gilt auch für kleine Windkraftanlagen bis zu zehn Metern Höhe und mit einem Rotor Durchmesser bis maximal drei Meter. Allerdings dürfen die Windräder nicht in Naturschutzgebieten aufgestellt werden.

(Drucksache 18/4237)

Kommunalwirtschaft: Stadt- und Gemeindewerke können sich stärker auf dem Energie- und Telekommunikationsmarkt engagieren. Grundlage ist das von der Landesregierung vorgelegte Gesetz zur „Stärkung der Kommunalwirtschaft“, für das der Landtag mit den Stimmen der Nord-Ampel nun grünes Licht gab. Kernpunkt ist die Streichung der sogenannten Bedarfsklausel, nach der kommunale Unternehmen wie die Stadtwerke bislang ihr Geschäft nur in einem angemessenen Verhältnis zum Bedarf der Gemeinde betreiben durften.

Parallel zu den neuen wirtschaftlichen Freiheiten gibt das Gesetz den Gemeindevertretern Kontrollmöglichkeiten gegenüber den Betrieben an die Hand. Vertreter der Gemeinde bekommen das Recht, an Gesell-

schafterversammlungen teilzunehmen. Die Opposition votierte geschlossen dagegen. Sie hatte bei der Ersten Lesung im September vergangenen Jahres vor „wirtschaftlichen Abenteuern“ der Kommunen und vor Wettbewerbsnachteilen für private Unternehmen gewarnt.

(Drucksache 18/4238)

Feuerwehr: Die Kameradschaftskassen der Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein müssen künftig als Sondervermögen nach den Regeln der Gemeindehaushaltsordnung geführt werden. Die Wehren sind nunmehr verpflichtet, Einnahme- und Ausgaberechnungen zu führen, die von den Mitgliedern beschlossen und von den Gemeinden genehmigt werden müssen.

Lediglich die FDP lehnte das von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Gesetz ab. Bislang waren die Kameradschaftskassen der Kontrolle durch die Kommunen entzogen. Damit haben sich die Wehren nach Auffassung der Befürworter der Gesetzesänderung im rechtsfreien Raum bewegt, da sie hoheitliche Aufgaben der Gemeinde übernehmen.

(Drucksache 18/4239)

Hospize: Einstimmig hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, den Bedarf an stationären Hospizplätzen im Lande zu ermitteln. Der Antrag der Koalitionsfraktionen regt zudem eine Koordinationsstelle an, um die in der Hospizarbeit tätigen ehrenamtlichen Kräfte zu unterstützen. Hintergrund: Derzeit klaffe eine Lücke in der Hospiz-Versorgung, hieß es bei der Koalition. Schleswig-Holstein habe lediglich 66 Plätze, die sich auf sechs Einrichtungen verteilen. Notwendig seien mindestens 50 Betten pro eine Million Einwohner – also insgesamt mindestens 140 im Lande. Die Initiative ist aus dem Runden Tisch des Sozialausschusses zur Hospiz- und Palliativversorgung hervorgegangen.

(Drucksache 18/4240)

Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird.
Hier stehen Texte in Leichter Sprache.
Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen,
Lesen und dem Verstehen.
Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch.
Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln
für Leichte Sprache zu schreiben.



Die Menschen sind unterschiedlich. Aber alle haben Grund-Rechte.

Neues Heft über die Grund-Rechte

Das Grund-Gesetz ist das wichtigste Gesetz in Deutschland. Dort steht, was der Staat darf.
Und dort steht auch, was der Staat nicht darf. Denn alle Menschen haben Grund-Rechte.

Ein neues Heft erklärt diese Grund-Rechte in Leichter Sprache.

Hier stehen einige Beispiele:

Jeder Mensch ist wertvoll so wie er ist.

Er hat eine Würde, weil er ein Mensch ist. Der Staat muss die Würde von jedem Menschen schützen.

Jeder Mensch darf frei und sicher leben.

Jeder Mensch entscheidet selbst wie er leben möchte.
Zum Beispiel wo er wohnt. Oder welchen Beruf er lernt.

Jeder Mensch darf frei glauben und denken.

Jeder Mensch entscheidet selbst, an welchen Gott er glauben möchte. Oder ob er an keinen Gott glaubt.

Jeder darf seine Meinung sagen und sich informieren.

Alle dürfen sagen und schreiben was sie denken.
Alle Menschen dürfen sich informieren: Zum Beispiel aus Zeitungen und dem Radio.

Menschen dürfen sich versammeln.

Alle Deutschen dürfen in kleinen und großen Gruppen zusammen kommen. Sie müssen nicht um Erlaubnis fragen.

Niemand darf Briefe von anderen lesen oder das Telefon abhören.

Briefe und Pakete sind privat. Jeder Mensch entscheidet selbst wer etwas von seinen Sachen lesen oder hören darf.

Niemand darf ohne Erlaubnis in eine Wohnung gehen.

Die Wohnung ist privat. Jeder entscheidet selbst, was er in seiner Wohnung macht. Jeder entscheidet selbst, wer in die Wohnung kommen darf.

Jeder darf Eigentum haben und erben.

Eigentum bedeutet: Einer Person gehört etwas. Zum Beispiel ein Gegenstand oder ein Grundstück. Oder ein Betrieb.

Erben bedeutet: Jemand bekommt Sachen oder Geld von einem Verstorbenen. Der Verstorbene hat bestimmt, wer etwas bekommen soll.



Das Heft kostet 2 Euro.
Man kann es bestellen beim
Netzwerk Leichte Sprache
Achtermannstraße 12
48143 Münster

Oder mit einer E-Mail:
info@leichte-sprache.org

70
JAHRE



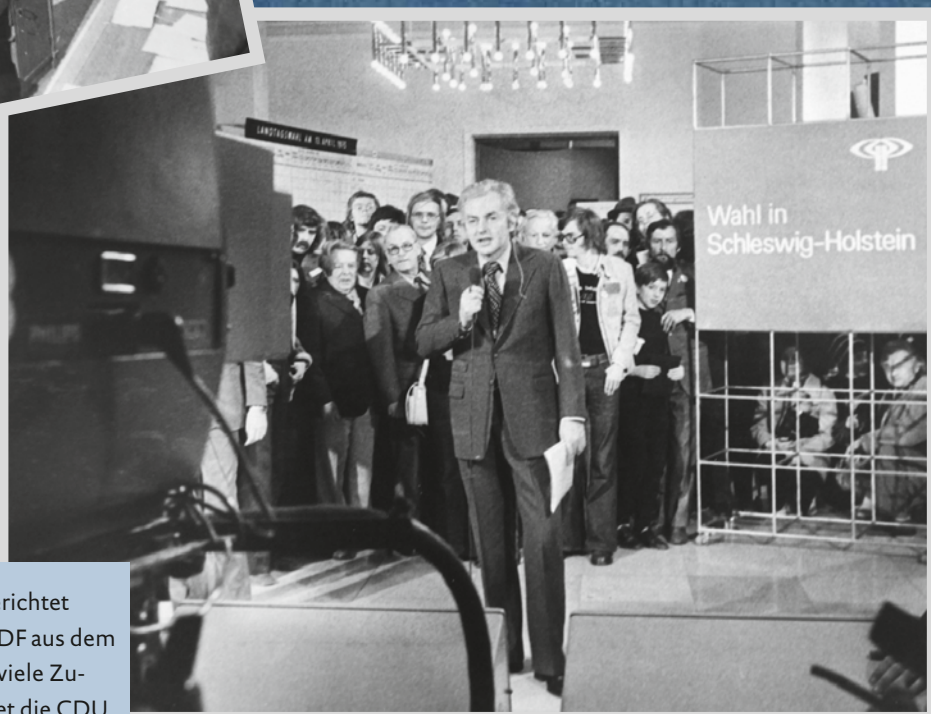
Britische Soldaten stehen Spalier, während die Abgeordneten des ersten Landtages am 26. Februar 1946 ins Kieler Schauspielhaus einziehen. Das Theater in der Holtenauer Straße ist einer von mehreren provisorischen Tagungs-orten in den Nachkriegsjahren. Der Landtag trifft sich nicht nur in Kiel, sondern auch im Lübecker Rathaus, im Hotel „Seegarten“ in Eckernförde und im Gasthaus „Neue Harmonie“ in Flensburg. 1950 bezieht das Parlament dann die ehemalige Marineakademie an der Kieler Förde, das heutige Landeshaus.



Ein ehemaliger und ein zukünftiger Regierungschef am Präsidiumstisch: Alterspräsident Hermann Lüdemann (SPD), Ministerpräsident von 1947 bis 1949, eröffnet am 11. Oktober 1954 den neuen Landtag, unterstützt von Schriftführer Gerhard Stoltenberg (CDU, links). Stoltenberg steht dem Landeskabinett von 1971 bis 1982 vor, wird dann Bundesfinanz- und Verteidigungsminister. Rechts: Detlef Haase (SPD).



Am 29. Oktober 1962 sprechen die neu gewählten Landtagsabgeordneten gemeinsam ihre Eidesformel. Die Wahl bestätigt die Mehrheit der CDU/FDP-Koalition. In dem Plenarsaal im ersten Stock des Landeshauses tagt das Parlament über 50 Jahre. Nach dem Umbau zu Beginn des neuen Jahrhunderts befindet sich dort ein Sitzungs- und Konferenzsaal, der „Schleswig-Holstein-Saal“.



Am Wahlabend des 13. April 1975 berichtet Hanns Joachim Friedrichs für das ZDF aus dem Landeshaus - und hat auch vor Ort viele Zuschauer. Beim Urnengang behauptet die CDU die absolute Mehrheit vor der SPD, die FDP zieht wieder in den Landtag ein.

O GEN:

Landespolitik in Schleswig- Holstein



Protest im Zelt: Die FDP-Fraktion verlegt Mitte der 70er-Jahre ihre Sitzung auf den Rasen vor dem Landeshaus, um auf die Raumknappheit im Parlamentsgebäude aufmerksam zu machen. Von links: Neithart Neitzel, Bernd Hadewig, Fraktionschef Uwe Ronneburger, Martin Schumacher, Jens Ruge.



Freundliche Begrüßung zwischen Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) und SPD-Oppositionsführer Björn Engholm vor einer Landtagsitzung in den 80er-Jahren. In der Mitte: Klaus Klingner und Gisela Böhrk (beide SPD). Nach der Landtagswahl 1987 tritt Barschel von seinem Amt zurück, nachdem die Presse über schmutzige Wahlkampftricks aus der Staatskanzlei gegen Engholm berichtet hatte. Wenige Tage später wird Barschel tot in einem Genfer Hotel gefunden. Engholm wird 1988 Regierungschef - und tritt 1993 ebenfalls zurück. Er gibt zu, früher als bis dahin bekannt von den Machenschaften gegen ihn gewusst zu haben.



Am 2. April 2003 kommt der Landtag erstmals in seinem neuen, gläsernen Plenarsaal zusammen. Der runde Aufbau soll eine lebendige Debattenkultur befördern. Auch die Eingangshalle und die Außenanlagen des Landeshauses werden neu gestaltet.



Drei Wochen vor der Landtagswahl im Februar 2005 warten die Spitzenkandidaten im Landeshaus auf den Beginn einer Diskussionsrunde mit Schülern. Von links: Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD), CDU-Herausforderer Peter Harry Carstensen, Wolfgang Kubicki (FDP), Anne Lütkes (Grüne), Anke Spoorendonk (SSW). Die Wahl ergibt eine Ein-Stimmen-Mehrheit für Rot-Grün, unterstützt vom SSW. Bei der Ministerpräsidentenwahl am 17. März fehlt Simonis jedoch in vier Durchgängen stets eine Stimme aus dem eigenen Lager. Sie tritt zurück, und Carstensen bildet eine CDU/SPD-Koalition.

Wahlrecht: einige Reformen, aber keine Revolution

Schleswig-Holsteins Wahlrecht wird in einigen Punkten nachgebessert. Das hat der Landtag im Juni beschlossen. Es geht sowohl um die nächste Landtagswahl am 7. Mai 2017 als auch um Kommunen und Volksentscheide. Größere Umwälzungen, die Piraten und CDU gefordert hatten, lehnte die Koalition allerdings ab.



Das ist neu:

+ Fristen: Wer am Wahltag seit mindestens sechs Wochen im Lande wohnt, kann künftig seine Stimme abgeben. Bisher gab es eine Dreimonatsfrist. Für Kandidaten gilt jetzt: Wer sich in den Landtag wählen lassen will, muss nicht mehr sechs, sondern nur noch drei Monate vor der Wahl eine Wohnung in Schleswig-Holstein haben.

+ Beschwerden: Das Landesverfassungsgericht entscheidet künftig über Beschwerden von Parteien, die der Landeswahlausschuss nicht für die Landtagswahl zulässt – und zwar bereits vor der Wahl. Bislang können sich solche Vereinigungen erst nach der Landtagswahl wehren.

+ In der Wahlkabine: Das Kreuzchen wird künftig mit radierfesten Stiften geschrieben. Die Stimmzettel werden auf A3-Format vergrößert und mit bunten Parteilogos ausgestattet. Insgesamt werde „in vielen Punkten ein faktischer Fortschritt“ erreicht, unterstrich der SPD-Abgeordnete Kai Dolgner.

+ UN-Behindertenrechtskonvention: Künftig dürfen auch Menschen wählen, die unter Vollbetreuung stehen. Die Wahlunterlagen sollen auch in Leichter Sprache verfügbar sein – für Menschen mit Lernschwäche oder Demenz. Ekkehard Klug (FDP) sah ein „Wahlrecht für Menschen unter Vollbetreuung“ kritisch. Wenn Personen das Wahlrecht erhielten, die zu einem eigenständigen Leben nicht in der Lage seien, dann drohe „Manipulation bei der Stimmabgabe“. Der

Behindertenbeauftragte Ulrich Hase sprach in seiner Reaktion auf das neue Wahlrecht hingegen von einer „fälligen rechtlichen Gleichstellung“.

+ Mehrheit bleibt Mehrheit: Im Kommunalwahlrecht reagiert der Landtag auf den „Fall Boostedt“. In der Gemeinde bei Neumünster hatte die CDU beim letzten Urnengang 2013 keine Mehrheit in der Gemeindevertretung erhalten, obwohl sie mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen gewann. Schuld war das Verteilungsverfahren. Eine „Mehrheitsklausel“ soll das künftig verhindern.

+ Bürgermitsprache: Initiatoren von Volksbegehren können künftig im Internet und „auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen“ Unterschriften sammeln. Und: Bei Volksentscheiden ist nun auch eine Alternativabstimmung möglich. Es wird nicht nur „ja“ oder „nein“ zu einem Vorschlag gesagt, sondern es werden mehrere Vorschläge zur Wahl gestellt.

Das kommt nicht:

+ Ersatzstimme: Durchgefallen ist die von den Piraten ins Spiel gebrachte Ersatzstimme. Der Gedanke: Wähler kreuzen mit ihrer Zweitstimme nicht nur die Partei ihrer Wahl an, sondern auch eine Ersatzpartei. Die Ersatzstimme wird dann mitgezählt, wenn Partei Nummer eins an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert. Damit wäre ein „massenhafter Verfall von Wählerstimmen“ verhindert worden, merkte Piraten-Fraktionschef

Patrick Breyer an. Er verwies auf die jüngste Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, bei der 14 Prozent der Zweitstimmen wegen der Sperrklausel unter den Tisch gefallen seien.

+ Vier-Prozent-Hürde: Petra Nicolaisen (CDU) prangerte den „Trend zur Zersplitterung“ in vielen Ratsversammlungen an und brachte eine Vier-Prozent-Regel auf Kommunalebene ins Spiel: „Ohne eine Sperrklausel ist der Weg für Kleinstgruppierungen offen.“ In Schleswig-Holsteins Kommunen gibt es seit 2009 keine solche Hürde mehr, nachdem das Bundesverfassungsgericht sich kritisch hierzu geäußert hatte.

+ Anonymität: Die Piraten wollten erreichen, dass Kandidaten für ein Mandat in Gemeinde, Kreis oder Land künftig nicht mehr ihre Adresse veröffentlichen müssen. Grund: Bewerber würden zunehmend durch Werbung und Drohbriefe belästigt. Auch hierfür gab es keine Zustimmung.

+ Amtsangehörige Gemeinden: In Gemeinden, die ihre kommunalen Aufgaben an ein Amt übertragen haben, gibt es keine Bürgerentscheide und Einwohneranträge – anders als bei Kommunen mit eigener Verwaltung. Die Piraten wollten das ändern. Aber auch hierfür gab es keine Mehrheit.

+ Abstimmung an Wahltagen: Die Piraten wollten Volksentscheide grundsätzlich an Wahltagen abhalten, um so ausreichend Bürger an die Urnen zu locken. Doch auch dieser Plan fand keine Unterstützung.

Gemeinsames Anliegen: Jungwähler an die Urnen

Bei der Landtagswahl im nächsten Jahr dürfen erstmals auch 16- und 17-Jährige teilnehmen. Damit möglichst viele dieser rund 60.000 Jugendlichen an die Urnen strömen, haben die Nachwuchsorganisationen der Landtagsparteien sich zusammengetan. Motto: gemeinsam auftreten, um Unterschiede herauszustellen.

Junge Union, Jusos, Grüne Jugend, Junge Liberale und SSW-Ungdom präsentierten Anfang April im Landeshaus ihre gemeinsame Linie. Als „Verband politischer Jugendorganisationen“ (VPJ) möchten sie die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien „deutlich, verständlich und fair“ darstellen. Denn: „Die AfD profierte bei den vergangenen Wahlen von der Geschichte, dass sich die anderen Parteien zu sehr ähneln würden. Das stimmt aber nicht“, stellte Lasse Petersdotter von der Grünen Jugend fest.



Gemeinsamer Auftritt der politischen Jugend: Christopher Andresen (SSW-Ungdom), Kim-Bastian Jöns (Junge Liberale), Tobias Loose (Junge Union), Niclas Dürbrook (Jungsozialisten), Lasse Petersdotter (Grüne Jugend, v. li.)


Eine VPJ-Forderung steht bereits vor der Umsetzung: Das Bildungsministerium will mit einem neuen Erlass das bisherige strikte Auftrittsverbot von Kandidaten an Schulen in der heißen Wahlkampfphase lockern. Podiumsdiskussionen zwischen Schülern und Politikern seien an allen Schulen mit Oberstufe nötig, so Tobias Loose von der Jungen Union: „Es gibt einen großen Anteil von jungen Menschen, die sich gar nicht für Politik interessieren.“ „Viele Schulleiter haben bislang große Vorbehalte, weil sie nicht


wissen, was auf sie zukommt“, berichtete Juso-Landeschef Niclas Dürbrook. Auch der Landtag hatte in seinem Zehn-Punkte-Papier für höhere Wahlbeteiligung im vergangenen Oktober gefordert, Politik im Unterricht stärker zu thematisieren.


Die Piraten, die als einzige Landtagspartei nicht im VPJ vertreten sind, wiesen darauf hin, dass die Absenkung des Wahlalters auf ihre Initiative zurückgehe. Und: Als „junge Partei“ unterstützten die Piraten das Bündnis.

Neue Fristen für Parteien

Parteien, die sich zur Landtagswahl bewerben wollen, brauchen die Unterschriften von landesweit 500 Unterstützern. Und sie müssen Fristen einhalten. Auch die hat der Landtag neu geregelt.

 Parteien, die noch nicht im Landtag vertreten sind, müssen sich bis zum 14. Februar 2017 beim Landeswahlleiter melden. Die im Parlament bereits vertretenen Parteien haben bis zum 20. März Zeit.

 Am 24. Februar entscheidet der Landeswahlausschuss über die Zulassung von Parteien, die noch nicht im Landtag sind.

 Die Namen der Wahlkreiskandidaten und die Landesliste müssen Parteien, die nicht im Landtag vertreten sind, bis zum 13. März vorlegen. Die im Parlament vertretenen Parteien haben bis zum 31. März Zeit.

Amt Bordesholm: Der Wahl-Bus kommt

Eine Idee aus dem Zehn-Punkte-Papier des Landtages für mehr Wahlbeteiligung wird Realität: mobile Wahllokale. Mit einer fahrbaren Wahlkabine sollen Bürger erreicht werden, denen der Weg an die Urne am Wahltag zu mühsam ist.

Konkret sollen die 14 Gemeinden des Amtes Bordesholm (Kreis Rendsburg-Eckernförde) in den Wochen vor der nächsten Landtagswahl Besuch von einem Wahl-Bus bekommen, damit die Bürger per Briefwahl abstimmen können. Wahltag ist der 7. Mai 2017. An vier Sonnabenden davor, am 1., 8., 22. und 29. April, wird die rollende Wahlkabine in der Region unterwegs sein. Bürger des Amtes Bordesholm, die einen Personalausweis dabei haben, können dann spontan abstimmen. Sie werden zugleich aus dem Wählerverzeichnis gestrichen. Eine doppelte Stimmabgabe ist damit ausgeschlossen. Genaue Standorte und Öffnungszeiten werden noch erarbeitet.

Der Fahrplan bis zur Wahl

CDU: **19. November:** Landesparteitag in Neumünster
Voraussichtlich 11. Februar: Programmparteitag

SPD: **26. November:** Programmparteitag und Nominierung des Spitzenkandidaten in Neumünster

27. bis 29. Januar: Listenparteitag in Lübeck

Grüne: **November:** Nominierung der Spitzenkandidatur durch den Parteivorstand
Ende Januar: Listenparteitag

FDP: **12. November:** Listenparteitag in Neumünster
25. Februar: Programmparteitag in Kiel

Piraten: **16. und 17. Juli:** Landesparteitag in Neumünster
8. und 9. Oktober: Listenaufstellung in Kiel

SSW: **24. September:** Listenparteitag in Husum

Bürgerbeauftragte fordert „Menschlichkeit“ in den Amtsstuben



Die Bürgerbeauftragte Samiah El Samadoni übergibt ihren Tätigkeitsbericht an Landtagspräsident Klaus Schlie.

3327 Mal haben sich die Schleswig-Holsteiner im vergangenen Jahr an die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten gewandt, mit Beschwerden über Behördenbescheide und den Paragraphendschungel des Sozialrechts. Der Schwerpunkt lag mit 890 Fällen erneut im Bereich Hartz IV. Oft konnte ihre Dienststelle helfen, berichtete die Beauftragte Samiah El Samadoni Ende Mai. In mehr als 200 Fällen wurde die Verwaltungsentscheidung geändert oder beschleunigt.

Hinter den Zahlen stecken Schicksale: So soll ein älterer Herr sein aus Sicht des Sozialamtes zu teures Auto verkaufen. Ohne

Wagen kann er aber seine Frau im Pflegeheim nicht besuchen. Oder: Ein Familienvater erkrankt schwer, verliert seine Arbeit, und die Familie kann ihren Hauskredit kaum noch abzahlen. Dennoch weigert sich die Behörde, die Kita-Gebühren der Kinder nennenswert zu senken. Auch wenn die Entscheidungen der Ämter formal korrekt seien, fordert El Samadoni mehr „Menschlichkeit“ in den Amtsstuben. Und sie benennt gesellschaftliche Problemzonen:

Thema Wohnen: Preiswerter Wohnraum wird in vielen Regionen des Landes knapp, etwa in den kreisfreien Städten, im Hamburger Rand oder auf Sylt. Die Folge: Bezieher von

Sozialleistungen haben kaum eine Chance auf eine Wohnung. Denn viele Kommunen wollen die Miete nur bis zu einer festen Obergrenze bezuschussen. Bei steigenden Preisen haben Rentner, Flüchtlinge oder Obdachlose das Nachsehen. El Samadoni fordert deswegen, die Mietrichtwerte „flexibilisiert“ zu handhaben.

Thema Schulbegleitung: Auch Kinder mit Handicap sollen die Regelschule besuchen können. Stichwort: Inklusion. Hierfür ist oftmals eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung nötig. Aber wer soll die leisten – die von den Kreisen bezahlten Schulbegleiter oder die Lehrer, also das Land? Einige Kreise haben nun ihre Begleit-Leistungen heruntergefahren, nachdem das Landessozialgericht in ihrem Sinne entschieden hatte: Für den sogenannten „pädagogischen Kernbereich“ sei das Land zuständig. Untragbar, findet El Samadoni. Sie fordert, dass Land und Schulträger sich zusammenraufen, und dass der Gesetzgeber den „pädagogischen Kernbereich“ genau definiert.

Thema Kita-Gebühren: Die Bürgerbeauftragte vermutet, dass viele Familien zu hohe Beiträge zahlen. Denn die Ämter weisen oft nicht auf einen möglichen Beitragserlass wegen unzumutbarer Belastung hin. Die kann zum Beispiel vorliegen, wenn Familienangehörige gepflegt werden. Außerdem fordert El Samadoni, Hartz-IV- und Sozialhilfeempfänger grundsätzlich von Kita-Gebühren zu befreien.

Samiah El Samadoni wird Polizeibeauftragte

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, wird zum 1. Oktober auch Polizeibeauftragte. Koalition und Piraten haben hierfür im Juni die gesetzliche Grundlage geschaffen. CDU und FDP halten den neuen Posten für überflüssig.

Die Juristin El Samadoni prüft künftig Beschwerden von Bürgern über die Ordnungskräfte. Gleichzeitig ist sie Ansprechpartnerin für Polizeibeamte, die Probleme im Dienst haben. Innenministerium und Polizeibehörden müssen Auskunft erteilen. Sieht die Polizeibeauftragte eine Beschwerde als begründet an, kann sie im Ministerium auf Abhilfe drängen oder auch Straf- und Disziplinarverfahren anstrengen. Über ihre Tätigkeit soll sie dem Landtag jährlich einen Bericht vorlegen.

Mit der neuen Stelle werde die Polizeiarbeit verbessert und das Vertrauen der Bürger gestärkt, hieß es bei den Befürwortern. Union und Liberale sprachen dagegen von einer „Misstrauenserklärung gegen die Landespolizei“. Die neue Stelle sei „nicht als pauschale Kritik an der Polizeiarbeit zu verstehen“, erklärte El Samadoni nach ihrer Wahl. Mit dem neuen Posten wächst das Aufgabenspektrum der Bürgerbeauftragten weiter. El Samadoni leitet auch die Antidiskriminierungsstelle sowie seit 1. Januar die Beschwerdestelle für Heimkinder.

Gedenken an den „Todesmarsch“ von 1945

Angehörige von KZ-Häftlingen haben Anfang Mai den Landtag besucht. Landtagspräsident Klaus Schlie empfing Gäste aus Deutschland, den USA und Schweden. Anlass war eine Gedenkstunde zum „Todesmarsch“ vom April 1945.

Kurz vor Kriegsende hatte die SS rund 800 Insassen des Konzentrationslagers Hamburg-Fuhlsbüttel auf einen viertägigen Fußmarsch ins „Arbeitserziehungslager Nordmark“ in Kiel-Russee geschickt. Mindestens acht der Juden, Zwangsarbeiter und Oppositionellen wurden unterwegs von der SS erschossen, mindestens acht weitere wurden in Kiel ermordet oder starben an den Strapazen.

Der Gewaltmarsch quer durch Schleswig-Holstein sei ein Verbrechen gewesen, das sich „buchstäblich vor den Haustüren sehr vieler Menschen“ abgespielt habe, sagte Schlie in seinem Grußwort. Dennoch hätten viele Deutsche nach 1945 behauptet, „von alle-



Landtagspräsident Klaus Schlie begrüßt Hinterbliebene der KZ-Häftlinge:
George Nathan (Mitte) ist Sohn von Sophie Nathan, die aus Emmerich am Niederrhein ins Ghetto Riga und dann nach Hamburg verschleppt wurde. Nach dem „Todesmarsch“ wurde sie vom Schwedischen Roten Kreuz gerettet. Sie starb 2002 in Atlanta/Georgia.
Links: George Nathans Ehefrau Barbara.
Martha Birmaher (2. v. re.) und ihre Tochter Lilian Migram (re.) stammen aus Miami in Florida. Sie sind Enkelin und Urenkelin von Hilde Sherman aus Mönchengladbach, die ebenfalls über das Ghetto Riga und das KZ Hamburg-Fuhlsbüttel in den Marsch nach Kiel geriet. Auch Hilde Sherman wurde vom Schwedischen Roten Kreuz befreit. Die Autorin des Buches „Zwischen Tag und Dunkel – Mädchenjahre im Ghetto“ starb 2011 in Jerusalem.

dem“ nichts gewusst zu haben. Deswegen sei es wichtig, den Kontakt mit den Opfern und ihren Angehörigen zu pflegen. Das „Gebot zur Wachsamkeit und zur Zivilcourage gegenüber Hass und Rassismus“ gelte auch heute.

George Nathan aus Atlanta im US-Bundesstaat Georgia, dessen Mutter als 23-Jährige den „Todesmarsch“ überlebte, dankte für den freundlichen Empfang: „Die Reise und die

Menschen, die wir auf dieser Reise treffen, geben mir große Hoffnung für die Zukunft.“

Anschließend wurden bei einer Gedenkfeier auf dem Gelände des ehemaligen Lagers „Nordmark“ erstmals 215 Namen von jüdischen Teilnehmern des Marsches verlesen, die der Neumünsteraner Heinrich Kautzky recherchiert hatte. Die Namen der anderen Marschteilnehmer sind noch weitgehend ungeklärt.

Israel-Tag: Schüler auf Entdeckungstour

„Orangen-Nation“ vor biblischer Kulisse oder Hightech-Standort? Opfer oder Aggressor? Die Deutschen haben ein gespaltenes Bild vom Staat Israel. Beim Israel-Tag Ende Mai im Landeshaus informierten sich 200 Schüler über das Land im Nahen Osten – und hakten nach.



Die Schüler sahen Israels Rolle teilweise sehr kritisch und bemängelten eine zu große „Zurückhaltung“ der deutschen Politik, wenn es um das Leiden der Palästinenser gehe. Auch die jüdischen Siedler im Westjordanland verschärfen den Konflikt, hieß es.

Rogel Rachman, Gesandter Botschaftsrat Israels in Berlin, beklagte dagegen einen „leider einseitigen“ Blickwinkel in Deutschland. Denn: Israel sei ein „angegriffenes Land“, das sich gegen Attacken von außen wehren müsse. Und das geschehe mit großer Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. So seien die Zivilisten beim Beschuss von Terrorstellungen im Gaza-Streifen im Jahr 2014 zuvor gewarnt worden, merkte Rachman an: „Keine andere Armee macht das so.“ Zudem sei der Staat mit dem Davidstern die einzige Demokratie in der Region.

Beim Israel-Tag befassten sich die Schüler aus Kiel, Flintbek, Neumünster, Elmshorn und Ahrensburg mit der Sicherheitslage, dem Verhältnis der Religionen, aber auch mit Computer-Startups, dem Gesundheitssystem oder der Partyszene in Tel Aviv. Der Landtag hatte gemeinsam mit der israelischen Botschaft und dem Lehrerbildungsinstitut IQSH eingeladen.

Parlamentsforum fordert mehr Öko in der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft muss sich an „die gewandelten gesellschaftlichen Anforderungen“ anpassen. Das ist eine Kernforderung des Parlamentsforums Südliche Ostsee, das Mitte Juni im Landeshaus getagt hat. Die Regionalpolitiker aus Deutschland, Polen, Russland und Schweden rufen dazu auf, das Tierwohl, den Klimaschutz und die biologische Vielfalt verstärkt in den Blick zu nehmen.

Die Abgeordneten diskutierten mit Wissenschaftlern (siehe unten) und erarbeiteten eine zehnsseitige Abschlussresolution mit dem Schwerpunkt Land-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft. Darin fordern sie die EU sowie die nationalen und regionalen Regierungen auf, ihre Agrarförderung nach dem Prinzip „öffentliche Gelder für öffentliche Güter“ auszurichten. Der „schonende Umgang mit Boden, Wasser und Luft“ müsse im Zentrum stehen. Zudem soll es nach Willen



Ostseeparlamentarier aus vier Ländern trafen sich im Plenarsaal

der rund 70 Teilnehmer eine EU-weite Kennzeichnungspflicht für Produkte geben, die von Tieren stammen, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden. Außerdem auf der Forderungsliste: Weniger Grünlandumbruch, Renaturierung von Mooren sowie ein Zertifizierungssystem für Erzeugnisse aus nachhaltiger Produktion.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee kommt seit 2003 einmal im Jahr zusammen. Mit dabei sind die Landesparlamente

von Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, die Sejms der polnischen Wojewodschaften Pommern, Westpommern und Ermland-Masuren, das Regionalparlament der südschwedischen Region Schonen sowie die Gebietsduma des russischen Kaliningrad.

Wissenschaftler im Dialog mit der Politik

Erkenntnis I: an Land

Jahrzehntelang habe die Landwirtschaft nur einen Weg gekannt: Produktion steigern, um Hunger vorzubeugen. Seit einigen Jahren rücken jedoch andere Aspekte in den Fokus, berichtete Prof. Friedhelm Taube, Agrar-Professor an der Kieler Uni. Unter dem Stichwort „nachhaltige Intensivierung“ spielen der Erhalt von Ökosystemen, die Biodiversität und der Klimaschutz eine wachsende Rolle. Prof. Taube beschrieb den Ostsee-Parlamentariern die Schief-lagen in der EU-Landwirtschaft. **So werden inzwischen 70 Prozent der Anbauflächen nicht mehr für Brot-Getreide verwendet, sondern für Tierfutter.** Und die hochgezüchteten Milchkühe brauchen so viel Energie, dass sie auf einer normalen Weide gar nicht mehr satt werden.

Erkenntnis II: im Wasser

Die Aquakultur ist der am stärksten wachsende Sektor in der Agrarbranche, betonte Prof. Harry Palm von der Uni Rostock. Das Problem: Die Ausscheidungen der Fische enthalten Stickstoff und Phosphor. Sie gefährden Wasser und Klima. Aber Prof. Palm hat eine pfiffige Lösung: **Wenn man in der Fischzucht zugleich Muscheln ansiedelt, dann säubern die Schalentiere das Wasser von den Fisch-Exkrementen.** Am besten funktionieren das mit Regenbogenforellen und Miesmuscheln, berichtete er den Parlamentariern. Ein Hektar Muscheln bewältigt die Ausscheidungen von 15 Tonnen Fisch. Und auch an Land funktionieren dieses System. Dort übernehmen Gurken die Rolle der Muscheln. Prof. Palm hat an der Rostocker Uni eine solche moderne Fisch-Anlage gebaut und sucht nun Investoren.

Erkenntnis III: in der Luft

Das Extremwetter der letzten Zeit mit der Überschwemmungskatastrophe in Süddeutschland sei eindeutig ein Zeichen des Klimawandels, urteilte Prof. Mojib Latif vom Kieler Meeresforschungsinstitut GEOMAR: „Bei hohen Temperaturen nehmen die Starkniederschläge zu.“ Ursache sind Klimagas wie Kohlendioxid. Der Mensch pustet sie massenhaft in die Luft, denn 90 Prozent der Energie werden mit Öl, Kohle und Gas produziert. Die Folge: **Die Atmosphäre sei zurzeit so warm wie seit 800.000 Jahren nicht mehr.** Das Polareis schmelze, und der Wasserspiegel sei allein seit 1980 weltweit um 20 Zentimeter gestiegen. Aber: „Es ist noch nicht zu spät.“ Die Menschheit müsse bis spätestens 2060 aufhören, Treibhausgas zu produzieren, so Prof. Latif – „eine Riesenherausforderung“.

Landtag warnt vor Kollaps der EU

Die Briten wollen raus aus der EU. Das Votum vom 23. Juni ist der bisherige Höhepunkt eines Anti-Europa-Trends, der in vielen Mitgliedsstaaten zu beobachten ist. Vor diesem Hintergrund haben Vertreter aller Fraktionen im Landtag bereits in der April-Tagung vor einem Auseinanderbrechen der Staatengemeinschaft gewarnt.

Allerdings: Auch im Landtag gibt es unterschiedliche Vorstellungen, was Europa kann und soll. SPD, Grüne und SSW werben für gerechte Löhne, eine stärkere Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung und für offene Grenzen. Zudem mahnt die Koalition eine solidarische Asyl- und Zuwanderungspolitik an. Die Opposition hält viele dieser Punkte für unrealistisch. Ein CDU-Gegenentwurf, der auch ein Bekenntnis zum umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP enthielt, scheiterte wiederum an der Mehrheit der Nord-Ampel.



Ralf Stegner (SPD): „Weniger Europa, Grenzen dicht und weg mit dem Euro: So sieht ein Programm für Massenarbeitslosigkeit in Deutschland aus. Das ist nicht die Zukunft, das ist Vergangenheit, und zwar schlimmste Vergangenheit.“



Angelika Beer (Piraten): „Das Auseinanderdriften der Mitgliedstaaten zeigt sich bei den Grenzschließungen in den letzten Monaten. Europa reduziert sich auf eine Wirtschafts- und Währungsunion.“



Rainer Wiegand (CDU): „In der Weltgeschichte gibt es viele Beispiele dafür, dass Nationen, Völker, Volksstämme viele wichtige Dinge gut erreicht haben, aber auch verspielt haben, weil sie sie nicht wertgeschätzt haben.“



Bernd Voß (Grüne): „Ein demokratisches Europa funktioniert nur, wenn die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt und auch wahrgenommen werden können. Wir brauchen eine Reform der Institutionen, eine Stärkung des Parlaments.“



Jette Waldinger-Thiering (SSW): „Die Bürger wollen bei wichtigen Fragen, die die Union betreffen, unmittelbar beteiligt werden und fordern mehr Volksabstimmungen bei der Übertragung von Souveränität auf die EU. Das kann ich sehr gut nachvollziehen.“



Ekkehard Klug (FDP): „Dass ausgerechnet der Präsident der USA den Briten am stärksten ins Gewissen geredet hat, finde ich schon bemerkenswert. Entsprechende Anstrengungen aus Europa selbst habe ich nicht feststellen können.“



Europaministerin Anke Spoorendonk (SSW): „Nicht zuletzt die jüngsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt zeigen uns, dass auch in Deutschland die Skepsis gegenüber der Europäischen Union wächst.“

Schleswig-Holstein ist, wie kein anderes Land in Deutschland, durch seine sprachliche und kulturelle Vielfalt geprägt. In unserem Land leben drei autochthone Minderheiten und Volksgruppen – die Dänen, die Nordfriesen, die deutschen Sinti und Roma – sowie die zahlreichen Angehörigen der niederdeutschen Sprechergruppe. Wir wollen erreichen, dass dieses Alleinstellungsmerkmal unseres Landes stärker in das öffentliche Bewusstsein rückt.

Aus dem 172 Seiten starken Bericht der Landesregierung „zur Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein“ (Drucksache 18/4067), über den der Landtag im Juni debattiert hat.
Mehr: www.sh-landtag.de, unter „plenum-online“

Platt: Aktuelles



Im April hat der Beirat Niederdeutsch im Landeshaus getagt.

Einige Erkenntnisse:

- Die Zahl der **Schulkinder**, die in Schleswig-Holstein Plattdeutsch an der Schule lernen, ist im vergangenen Jahr um 600 gestiegen – auf jetzt rund 1.600. Deswegen soll es auch mehr Lehrerstellen geben. Das berichtete Hans Stäcker aus dem Bildungsministerium. 29 Grundschulen im Lande unterrichten auf Platt.
- Am 1. August tritt Prof. Nils Langer die neue geschaffene **Niederdeutsch-Professur** an der Universität Flensburg an, gab Gyde Köster bekannt, Minderheitenbeauftragte der Nord-Uni.
- Das **Platt-Lehrbuch** „Paul un Emma“ stößt auch in anderen Bundesländern auf Interesse. Reinhard Goltz, Niederdeutsch-Professor an der Bremer Uni, berichtete vom Interesse aus Niedersachsen.
- Prof. Goltz will eine Liste aller **niederdeutschen Bühnen** in Deutschland zusammenstellen. Bislang seien ihm 3.600 solcher Theater bekannt – ein Großteil davon in Niedersachsen.

Regionalsprachen werden aufgewertet

Mit breiter Mehrheit hat der Landtag im April das von der Landesregierung vorgelegte Gesetz zur Stärkung der Sprachenvielfalt verabschiedet. **Kernpunkte: mehr friesische Ortsschilder, und Friesisch, Niederdeutsch sowie Dänisch werden Behördensprachen.**

Die Hinweistafeln im Nordwesten des Landes bekommen demnach Ergänzungen. Wer nach Eiderstedt fährt, kommt auch in Ääderstää an. Nach den Plänen der Landesregierung soll es 300.000 Euro kosten, die friesischen Namen auf den Ortsschildern hinzuzufügen.

Zudem sollen binnen zwei Jahren Behördengänge auch auf Platt, Friesisch und Dänisch erledigt werden können. Bei fehlenden Sprachkenntnissen müssen die Behörden Dokumente kostenlos für die Bürger übersetzen lassen. Ein weiterer Punkt: Auch in Kindertagesstätten sollen die Regional- und Minderheitensprachen stärker berücksichtigt werden. Einzig die FDP votierte gegen das Gesetz. (Mehr: Landtagszeitschrift 04/2015)

Sinti und Roma: mehr Beachtung, auch wegen „DSDS“

Seit 2012 ist der „Anspruch auf Schutz und Förderung“ für die deutschen Sinti und Roma in der Landesverfassung verankert. Dies habe sich sehr positiv ausgewirkt, berichteten Vertreter der Minderheit Anfang Mai bei der Sitzung des Sinti-und-Roma-Gremiums im Landeshaus.

Die Minderheit werde öffentlich stärker wahrgenommen und besser unterstützt, erklärte Matthäus Weiß, Vorsitzender des Landesverbandes der Sinti und Roma. Beispiele seien Vorlesungen an der Flensburger Uni zur Kultur der Minderheit oder die Teilnahme des Landesverbandes am Bündnis „Flüchtlingshilfe Schleswig-Holstein“. Geplant ist eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung beim Grenzfriedensbund zum Thema „Deutsche Sinti und Roma in Schleswig-Holstein – wer wir sind und was wir wollen“ am 27. Oktober. Am 9. November

wollen die Sinti und Roma gemeinsam mit der jüdische Gemeinde an die Reichspogromnacht erinnern.

Für die größte Aufmerksamkeit sorgte allerdings die 17-jährige Anita Wiegand aus Kiel. Die junge Sinti-Frau erreichte bei der RTL-Show „Deutschland sucht den Superstar“ (DSDS) im Mai das Halbfinale. Der Sender filmte auch in der Sinti-Siedlung „Maro Temm“ in Kiel-Gaarden. Anita habe bei dem Gesangswettbewerb „mit großem Selbstbewusstsein ein Bekenntnis zu ihrer Herkunft“ abgegeben, betonte Matthäus Weiß.



Friesen fordern mehr Mitsprache

Die Friesen wollen mit am Tisch sitzen, wenn es in Kiel und in Berlin um ihre Kulturpolitik geht. Das betonte Ilse Johanna Christiansen, Vorsitzende des Friesenrats, beim Treffen des Friesengremiums Anfang Mai in Risum-Lindholm.

Um die überwiegend ehrenamtliche Bildungsarbeit der Volksgruppe langfristig zu planen, sei eine „bedarfsgerechte Förderung“ nötig, erklärte Christiansen. Zudem forderte sie die „unmittelbare Beteiligung der Friesen an Zusammenkünften und Gesprächen“.

Die friesische Volksgruppe im Lande erhält pro Jahr rund 360.000 Euro vom Bund sowie

etwa 1,5 Millionen Euro vom Land. Hierzu gehören auch 300.000 Euro aus den Einnahmen des Nordwest-Lotto.

Eine weitere Erkenntnis des Treffens: Die Anerkennung des Biike-Feuers als immaterielles Kulturerbe vor zwei Jahren zahlte sich aus: Es kommen mehr Touristen zu den Feiern im Februar an die Westküste.

EM in Frankreich –
Olympia in Rio

Der Ball rollt woanders

Den Sportsommer 2016 verfolgen die deutschen Fans am Fernseher. Gastgeber der Fußball-EM ist Frankreich, die Olympischen Spiele steigen in Brasilien. Die Zuschauerrolle bei Mega-Events wird Deutschland wohl auch in der kommenden Zeit einnehmen. Denn der Versuch, Olympia ins Land zu holen, scheiterte im vergangenen November am Nein der Hamburger. Wann gibt es wieder ein Großereignis in Deutschland? Und wer gewinnt die EM? Wir haben vor Turnierbeginn bei Sportpolitikern aller Fraktionen nachgefragt – und diese Antworten bekommen.



Lars Harms (SSW)

Wann erleben wir das nächste sportliche Großereignis in Deutschland?

„Es ist schade, dass es mit der Olympiabewerbung nicht geklappt hat. Aber zumindest Kiel hat sich in der Abstimmung ja als besonders weltoffen präsentiert. Ein Großereignis findet deshalb auch folgerichtig in Kiel statt – die Kieler Woche.“

Wer wird Fußball-Europameister?

„Favorit ist Italien, Belgien könnte sich zum Geheimfavoriten mausern.“

Burkhard Peters (Grüne):

Sportliches Großereignis in Deutschland?

„Das Olympia-Referendum in Hamburg zeigt: Korruptions- und Dopingskandale im internationalen Sport und Sicherheitsbedenken trüben die Begeisterung für große Sportevents in Deutschland. Trotzdem wird sich Deutschland bei der Bewerbung für die Fußball-EM 2024 wahrscheinlich gegen die gemeinsame Bewerbung der skandinavischen Länder und gegen die Türkei durchsetzen. Außerdem steht ja schon fest, dass die Handball-WM 2019 in Deutschland und Dänemark ausgetragen wird, unter anderem in Kiel.“

Europameister? „Frankreich – die Mannschaft wird vor heimischem Publikum die nötige innere Geschlossenheit finden.“



Barbara Ostmeier (CDU):

Sportliches Großereignis in Deutschland?

„Mit Hamburgs Nein zu Olympia wurde für die kommende Generation die Chance vergeben, den völkerverbindenden Geist Olympischer Spiele hautnah im eigenen Land zu erleben, und die Folgen für den deutschen Leistungssport sind noch nicht absehbar. Dass unsere Handballer nach ihrem Riesenerfolg im EM-Finale die Qualifikation für Rio geschafft haben, macht Mut und beflügelt unseren ungebrochenen Sportsgeist. Das nächste sportliche Großereignis? Handball-Weltmeisterschaft 2019 in Deutschland und Dänemark!“

Dass unsere Handballer nach ihrem Riesenerfolg im EM-Finale die Qualifikation für Rio geschafft haben, macht Mut und beflügelt unseren ungebrochenen Sportsgeist. Das nächste sportliche Großereignis? Handball-Weltmeisterschaft 2019 in Deutschland und Dänemark!“



Dass unsere Handballer nach ihrem Riesenerfolg im EM-Finale die Qualifikation für Rio geschafft haben, macht Mut und beflügelt unseren ungebrochenen Sportsgeist. Das nächste sportliche Großereignis? Handball-Weltmeisterschaft 2019 in Deutschland und Dänemark!“

Europameister? „Im eigenen Land hat Frankreich gute Chancen, aber Europameister wird Deutschland.“

Oliver Kumbartzky (FDP):

Sportliches Großereignis in Deutschland?

„Das Nein Hamburgs war enttäuschend. Der Ruf sportlicher Großereignisse muss für zukünftige Bewerbungen in Ordnung gebracht werden, um die Akzeptanz in der Gesellschaft wieder zu erhöhen. Aber man sollte nicht verzagen, denn in diesem



Sommer gibt es großen Sport auch bei uns live zu sehen. So findet am 30. Juli in Brunsbüttel wieder die Wattolümpiade statt. Unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten wird es bei dieser Benefiz-Veranstaltung schmutzigen Sport für eine saubere Sache geben.“

Europameister? „Deutschland.“

Jürgen Weber (SPD)

Sportliches Großereignis in Deutschland?

„Große Sportereignisse werden auch künftig in Deutschland stattfinden: 2017 zum Beispiel die WM im Tischtennis, Eishockey, Fechten, 2018 die Leichtathletik-EM. „Mega“-Events, die eine nationale Anstrengung über den Sport hinaus erfordern, werden wir wohl bis auf Weiteres nicht hier sehen: Olympia hat sich erledigt, und mit einer Fußball-WM sind wir erst mal nicht dran. Wann die Bedenkenrepublik Deutschland insgesamt wieder Selbstbewusstsein und olympischen Willen zustande bringt, steht in den Sternen.“

Europameister? „Diesmal wird's ein Heimspiel: Frankreich schlägt im Finale Spanien.“



„Deutsche glauben an den Staat – Amerikaner misstrauen ihm“

Buchvorstellung:
Christoph von Marschall über
transatlantische Unterschiede

Er hat jahrelang für den Berliner „Tagesspiegel“ aus Washington berichtet und als erster deutscher Journalist Präsident Barack Obama interviewt: Christoph von Marschall kennt die USA, und er weiß auch von den Vorbehalten, die viele Europäer gegenüber der Supermacht im Westen haben. In seinem Buch „Was ist mit den Amis los?“ beschreibt er, warum die Menschen zwischen New York und Kalifornien anders ticken. Ende April stellte Christoph von Marschall sein Buch vor rund 300 Gästen im Landeshaus vor. Und er traf sich zum Gespräch mit der Landtagszeitschrift.



Herr von Marschall, was wird die erste Amtshandlung des neuen US-Präsidenten Donald Trump?

Donald Trump wird nicht US-Präsident. Aus einem simplen Grund: Wenn Sie als gesplante Partei in den Wahlkampf gehen, dann haben Sie schlechte Chancen. Und die Republikaner sind gespalten in ein Pro-Trump- und ein Anti-Trump-Lager, und ich kann nicht sehen, wie diese Spaltung in den nächsten Monaten überwunden werden kann.

Die Person Trump irritiert und fasziniert die Europäer. Mit diesem Auftreten würde man zumindest in Westeuropa nie in die Nähe eines politischen Spitzenamtes kommen ...

Das glaube ich nicht. Ich denke eher, dass es überraschend viele Parallelen gibt. Trump liegt bei rund 40 Prozent Zustimmung. Die hat auch der Front National in Frankreich. Die Schweden-Demokraten haben in den Umfragen die Sozialdemokraten überholt und sind stärkste Partei. Und in Ungarn oder Polen haben wir dieses Phänomen auch. Deutschland scheint mir noch am immunsten zu sein – wegen seiner Geschichte. Deswegen kommt die AfD bundesweit nicht über zwölf oder 15 Prozent hinaus. Aber das ist eher ein Zeichen für die deutsche Außergewöhnlichkeit und nicht für die amerikanische.

Trump ist Immobilienunternehmer und Quereinsteiger – kein Karrierepolitiker. Auch das ist aus deutscher Sicht ungewöhnlich.

In der Tat. Das zeigt die kulturellen Unterschiede zwischen Kontinentaleuropa und den USA. In Kontinentaleuropa herrscht ein gewisses Misstrauen gegenüber Wirtschaftsaufsteigern. Wir glauben an den Staat, und wir sind es gewohnt, dass es Berufspolitiker gibt. In Amerika ist die Grundstimmung genau umgekehrt. Man hat großes Misstrauen gegen den Staat und die politische Klasse, und man hat eine für Deutsche oft unverständliche Begeisterung für Leute, die in der Privatwirtschaft Erfolg haben.

Viele Deutsche halten die USA für arrogant und aggressiv. Andererseits gibt es kaum ein Land, das so amerikanisiert ist wie Deutschland – vom Fernsehprogramm über die Schnellrestaurants bis zum Einfluss auf die Sprache. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Es gibt Aspekte des deutsch-amerikanischen Verhältnisses, die lassen sich nur tiefenpsychologisch erklären. Viele Ältere nehmen es den Amerikanern übel, dass sie uns von der Diktatur befreit haben, und dass wir das nicht selber geschafft haben. Die 68er haben mit ihren Protesten gegen den Vietnam-Krieg eine Abrechnung mit den eigenen Eltern vorgenommen, über den Umweg Amerika. Und was die junge Generation betrifft: Viele scheinen den Widerspruch gar nicht wahrzunehmen, dass sie politisch gegen die USA

sind und gleichzeitig kulturell völlig amerikanisiert. Wer schaut schon indische Filme oder interessiert sich für chinesische Popmusik oder fragt nach der neuesten Modewelle in Russland? Amerika hat diese enorme kulturelle Ausstrahlungskraft, unabhängig davon, was die USA wirtschaftlich oder politisch tun.

Es gibt so einiges zu kritisieren: den Irak-Krieg, TTIP, Guantanamo ...

Eine Menge Verhaltensweisen des amerikanischen Staates sind fragwürdig. Und es ist gut, wenn sich Menschen in Europa dagegenstellen. Aber eines muss man sagen: Es gibt keine Kritik an Amerika, die nicht zuallererst in Amerika geübt worden ist. Die Bestimmungen zum Gefangenenlager Guantanamo sind geändert worden, weil amerikanische Bürgervereine und amerikanische Anwaltskanzleien den eigenen Präsidenten verklagt haben. Nicht wegen Demonstrationen in Frankreich oder Deutschland.

Zurück zur Wahl: Ist der Weg also frei für Hillary Clinton?

Alle, die glaubten, sie würden Amerika verstehen, haben sich in diesem Wahljahr geirrt. Amerikanische Kolumnisten fangen schon an, sich für das zu entschuldigen, was sie noch vor ein paar Monaten geschrieben haben. Ich selbst hätte auch nicht gedacht, dass Trump und Bernie Sanders einen so lang anhaltenden Erfolg haben würden. Deswegen würde ich keine allzu hohen Summen wetten. Aber wenn Sie schon wetten wollen, dann wetten Sie auf Hillary Clinton.

Interview: Karsten Blaas

Nachrufe

Trauer um vier verstorbene Abgeordnete

Der Landtag hat mehrerer seiner ehemaligen Mitglieder gedacht.



Der Ex-CDU-Abgeordnete und langjährige Bürgermeister von Neumünster **Herbert Gerisch** ist am 1. April im Alter von 93 Jahren verstorben. Herbert Gerisch gehörte dem Parlament von 1963 bis 1967 sowie von 1970 bis 1977 an. Landtagspräsident Klaus Schlie erinnerte an einen „der wichtigsten Förderer der Kunst in Schleswig-Holstein“. So habe Gerisch mit seinem Skulpturenpark in Neumünster einen für alle Bürger zugänglichen Ort internationaler Kunst geschaffen.

Am 3. Mai ist der ehemalige SPD-Abgeordnete **Heinz Lund** im Alter von 90 Jahren verstorben. Er gehörte dem Landtag von 1962 bis 1978 an. Der Lehrer aus Lübeck legte sein Mandat nieder, um Schulsenator seiner Heimatstadt zu werden. Landtagspräsident Schlie hob Lunds Arbeit im Volksbildungsausschuss hervor, in dem er „wegweisende Arbeit für den Universitäts- und Bildungsstandort Lübeck“ geleistet habe.



Am 7. Mai ist **Paul Möller** im Alter von 99 Jahren verstorben. Als „SPD-Urgestein“ habe Möller schon zu Weimarer Zeiten gegen die Republikfeinde von Rechts- und Linksaußen gekämpft, betonte Landtagspräsident Schlie. Der gelernte Landwirt aus Ostholstein gehörte dem Parlament von 1968 bis 1983 an. Zudem habe Paul Möller als jahrzehntelanger Bürgermeister von Heringsdorf und als Vizepräsident der Landwirtschaftskammer „beim materiellen und auch beim geistigen Wiederaufbau seiner Heimat“ mitgewirkt.

Am 12. Mai ist **Günter Flessner** 85-jährig verstorben. Der Christdemokrat aus dem Kreis Plön gehörte dem Landtag von 1971 bis 1988 an, ab 1975 war er 13 Jahre lang Landwirtschaftsminister. Flessner habe „Schleswig-Holstein bis heute positiv geprägt“, sagte Landtagspräsident Schlie und erinnerte an Flessners Einsatz für den Nationalpark Wattenmeer oder die Stiftung Naturschutz. Mit seiner Umsicht, Sachkompetenz und Tatkraft sei Flessner „einer der beliebtesten Politiker Schleswig-Holsteins“ geworden.



Simone Lange, SPD-Abgeordnete aus Flensburg, wurde Anfang Juni zur Oberbürgermeisterin ihrer Heimatstadt gewählt. Die Kriminalpolizistin erreichte 51,4 Prozent der Stimmen. Lange setzte sich gegen SSW-Amtsleiter Simon Faber (22,8 Prozent) sowie zwei weitere Kandidaten durch. Die Amtsübergabe ist für den 17. Januar 2017 vorgesehen.

Langes Nachfolger wird voraussichtlich **Stefan Bolln**. Der Schornsteinfegermeister aus Barmstedt (Kreis Pinneberg) ist der nächstfolgende Kandidat auf der SPD-Liste zur letzten Landtagswahl.

Patrick Breyer ist erneut Fraktionschef der Piraten. Er hatte den Posten schon von 2012 bis 2013 inne. Der Jurist löste Torge Schmidt ab, der nicht wieder kandidierte.

Beate Raudies (SPD) und **Peter Sönnichsen** (CDU) vertreten den Landtag im Vorstand des Büchereivereins Schleswig-Holstein.

Peter Lehnert (CDU), Vorsitzender des Europaausschusses, vertritt den Landtag ab Oktober im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats.



Sie kandidieren erneut:

Ralf Stegner, SPD-Fraktionschef, will wieder für den Landtag kandidieren. Das gab er Mitte April auf einer Pressekonferenz in Kiel bekannt. +++ FDP-Fraktionschef **Wolfgang Kubicki** bewirbt sich erneut im Wahlkreis Eckernförde. +++ Die CDU hat Mitte Juni ihre Landesliste aufgestellt. Hinter Spitzenkandidat **Ingbert Liebing** folgen 15 aktuelle Abgeordnete (**Daniel Günther**, Platz 2; **Katja Rathje-Hoffmann**, 3; **Klaus Schlie**, 4; **Barbara Ostmeier**, 5; **Hans-Jörn Arp**, 6; **Tobias Koch**, 7; **Johannes Callsen**, 10; **Axel Bernstein**, 11; **Petra Nicolaisen**, 12; **Heiner Rickers**, 13; **Peter Lehnert**, 14; **Hartmut Hamerich**, 17; **Hans Hinrich Neve**, 25; **Hauke Götttsch**, 26; **Klaus Jensen**, 28).

Sie kandidieren nicht mehr:

Robert Habeck, Grüner Umweltminister und ehemaliger Fraktionschef, will nicht wieder für den Landtag kandidieren. Stattdessen will er Spitzenkandidat für die Bundestagswahl im September 2017 werden. +++ **Rainer Wiegard**, CDU-Abgeordneter und von 2005 bis 2012 Finanzminister, hat seinen Rückzug angekündigt. +++ Die Grünen-Abgeordnete **Anke Erdmann** will sich nicht erneut um ein Mandat bewerben.

Runde Geburtstage

Ernst-Wilhelm Stojan aus Westerland, von 1964 bis 1982 für die SPD im Landtag, hat am 13. Mai seinen **90. Geburtstag** gefeiert.

Roswitha Strauß aus Alveslohe, von 1996 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 30. Mai ihren **70. Geburtstag** gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiterinnen der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können.

Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111.

Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Der Fall Reinefarth. Eine biografische Studie zum öffentlichen und juristischen Umgang mit der NS-Vergangenheit. Von Philipp Marti. Neumünster: Wachholtz 2014. 397 S.

Heinz Reinefarth war der einzige ehemalige SS-General, der nach 1945 auf Landesebene ein politisches Amt innehatte. Als Kampfgruppenkommandant war er maßgeblich für die blutige Niederschlagung des Warschauer Aufstandes 1944 und für systematische Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung verantwortlich. Wie er nach dem Krieg zum Bürgermeister von Westerland und schließlich sogar zum Abgeordneten im Schleswig-Holsteinischen Landtag aufstieg, beschreibt der Schweizer Historiker Philipp Marti.



Die Heyde/Sawade-Affäre. Wie Juristen und Mediziner den NS-Euthanasieprofessor Heyde nach 1945 deckten und straflos blieben. Von Klaus-Detlev Godau-Schüttke. Baden-Baden: Nomos 1998. 337 S.

Die Heyde/Sawade-Affäre wurde Ende der 50er Jahre zu einem Begriff in den bundesdeutschen und internationalen Medien. Zentrale Figur war Prof. Dr. Werner Heyde, einer der Hauptverantwortlichen für nationalsozialistische Mordaktionen an Behinderten und Kranken. Obwohl er mit Haftbefehl wegen Mordes gesucht wurde, gelang ihm von 1950 bis zu seiner Enttarnung 1959 unter dem falschen Namen „Dr. med. Fritz Sawade“ eine zweite Karriere als Gerichtsgutachter in Schleswig-Holstein. Klaus-Detlev Godau-Schüttke arbeitet den Fall auf.



Begegnungen. Schleswig-holsteinische Geschichte in Lebensbildern. Von Detlev Kraack. Kiel: Wachholtz 2016. 287 S.

Die Geschichte des Landes zwischen den Meeren wurde von Menschen geprägt, von vermeintlich großen wie vermeintlich kleinen, von Männern und Frauen, Bauern und Adligen, Seefahrern und Predigern, Dichtern und Philosophen, Fürsten und Faulenzern, Kaufleuten und Bettelmännern. Mit dieser reich bebilderten Sammlung von Biografien lässt der Historiker Detlev Kraack ein Panorama von 1.200 Jahren bewegter Geschichte entstehen.

Vorlesewettbewerb: Ann-Sophie und Sarah siegen

Schleswig-Holsteins beste Vorleserinnen heißen Ann-Sophie und Sarah. Die zwölfjährige Ann-Sophie Meier aus Tangstedt, die das Lessing-Gymnasium in Norderstedt besucht, siegte Ende Mai beim Landesentscheid des Vorlesewettbewerbs im Plenarsaal. Bei den Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf gewann Sarah Ali (13) von der Leif-Eriksson-Gemeinschaftsschule in Kiel-Mettenhof.

Neun junge Vorleser aus Gymnasien, Gemeinschafts- und Förderschulen hatten sich für das Landesfinale qualifiziert. Sie lasen der Jury zunächst aus ihrem Lieblingsbuch vor. Präsentiert wurden aktuelle Bestseller wie „Rico, Oskar und die Tieferschatten“ von Andreas Steinhöfel, aber auch Klassiker wie „So zärtlich war Suleyken“ von Siegfried Lenz. In der zweiten Runde lasen die Teilnehmer dann einen Abschnitt aus einem zuvor unbekanntem Buch: „Foxcraft – Die Magie der Füchse“ von der israelischen Autorin Inbali Iserles.

Den Wettbewerb, der unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten steht, veranstaltet der Börsenverein des deutschen Buchhandels bereits seit 1959. Es ist der größte bundesweite Lesewettbewerb. Allein in Schleswig-Holstein machten 22.500 Kinder an 270 Schulen mit.

Beim Bundesfinale in Berlin landete Ann-Sophie Ende Juni knapp hinter dem Sieger aus Niedersachsen. Nach Schleswig-Holstein ging der Titel zuletzt 2005 – an einen Vorleser aus Norderstedt.



Erfolgreiche Leseratten: Ann-Sophie (li.) und Sarah



Mit plattdüütsche Riemels dörch dat Johr

In dieser Gedichtreihe beschreibt Marianne Ehlers ihre Eindrücke von den Jahreszeiten – dieses Mal widmet sie sich dem schleswig-holsteinischen Sommer. Marianne Ehlers, Jahrgang 1953, ist niederdeutsche Bibliothekarin, Autorin und Sprachpolitikerin. Sie ist Referentin für Niederdeutsch des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes und Landesvertreterin im Bundesrat für Niederdeutsch. Besuchern des Landtages ist Marianne Ehlers durch den Offenen Besucherabend bekannt. Regelmäßig führt sie Interessierte „op Platt“ durch das Landeshaus. Die nächste plattdüütsche Führung ist am 5. September um 18:00 Uhr.

Sommer un rode Rosen

Rode Rosen an de Muer
wenn ik ehr seh un rüük
denk ik an Leev
an ole Tieden un Sünn

Rode Rosen bi de Döör
wenn ik ehr nehm un plück
heff ik en Bild
vun junge Minschen in't Glück

Rode Rosen an dien Huus
wenn ik dor stah un kiek
bün ik wiet weg
bi schöne Stünnen vull Warms

Rode Rosen as en Bild
wenn ik dat seh un hool
föhl ik de Tiet
nu warrt dat Sommer in't Land

Sommers' Rosen finn ik nu
wenn du ehr magst un rüükst
sünd wi doch eens
nu is de Sünn hier bi uns

Marianne Ehlers

Nachgehakt



Wie wirken sich die Beschlüsse des Landtages konkret aus?
In dieser Serie zeigen wir Beispiele.

Managergehälter



Mit großer Mehrheit hat der Landtag im vergangenen Juni ein „Vergütungs-offenlegungsgesetz“ beschlossen: Geschäftsführer, Verwaltungsräte oder Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen müssen aufdecken, wie viel sie verdienen. Es geht um Gehälter, Abfindungen, Provisionen und Pensionsleistungen. Ziel seien „Transparenz“, „Kontrolle“ und „Akzeptanz“, hieß es im Landtag. Betroffen sind Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, sowie Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist – etwa Dataport, das Gebäudemanagement GMSH, die HSH Nordbank oder das Uniklinikum UKSH.

Wie die neue Offenheit konkret aussehen soll, steht jetzt fest: Ab dem Geschäftsabschluss 2015 müssen die Unternehmen ihre Top-Gehälter im Anhang an ihre Jahresbilanz bekanntgeben. Das wird voraussichtlich bis Sommer dieses Jahres passieren. Dann sind die Gehaltslisten auf der Website des Finanzministeriums (erreichbar über www.schleswig-holstein.de) unter den Rubriken „Themen/Vergütungs-offenlegung“ zu finden.

Allerdings sei noch nicht abzusehen, wie viele Unternehmen von dem Gesetz erfasst werden, heißt es aus dem Ministerium. Nicht nur deswegen sind die Piraten, die das Thema 2013 auf die Tagesordnung gesetzt haben, unzufrieden. Sie kritisieren auch die „späte Veröffentlichung auf einen Schlag“. Mitte Juni hat der Sparkassen- und Giroverband seine Top-Gehälter bekanntgegeben. Demnach betragen die Vorstandsbezüge zwischen 131.000 und 393.000 Euro.

Kita-Datenbank



Im vergangenen Mai hat der Landtag einstimmig grünes Licht für den Aufbau einer Kita-Datenbank gegeben. Kernpunkt: ein Internetportal, das einen Überblick über die aktuelle Auslastung der Kindergärten gibt.

Nach einer mehrmonatigen Testphase in vier Landkreisen ist die Datenbank Anfang Juni landesweit an den Start gegangen. Unter www.kitaportal-sh.de können Eltern nun kostenlos suchen, wo in ihrer Nähe wie viele Plätze für welche Altersgruppen frei sind. Auch eine Voranmeldung ist möglich, und die Kindergärten können sich mit ihrem Profil präsentieren. Damit habe Schleswig-Holstein ein bundesweit einmaliges Angebot geschaffen, betont das Sozialministerium. Zunächst sind aber die Kitas und Kommunen aufgefordert, ihre Informationen einzustellen. Die Teilnahme ist freiwillig, aber das Ministerium hofft, dass das Land bis Jahresende flächendeckend erfasst sein wird. Im Lande werden zurzeit 110.000 Kinder von 1.765 Kitas und 1.735 Tagespflegern betreut.

Lokalradio



Soll es in Schleswig-Holstein kleine regionale Radiosender geben, zusätzlich zum Angebot von NDR oder R.SH? Hierüber hat der Landtag im Laufe dieser Wahlperiode mehrmals gestritten. Koalition und Piraten waren stets dafür: Das Land bekomme so

noch mehr Medienvielfalt. Skepsis herrschte hingegen bei CDU und FDP. Werbefinanzierte Hörfunksender, so die Befürchtung, könnten den ohnehin unter Druck stehenden Lokalzeitungen das Anzeigengeschäft abgraben.

Seit 1. Juni ist es so weit: Der erste Lokalsender ist im Äther. „Syltfunk – Söl'ring Radio“ war bisher nur über Internet zu empfangen und sendet jetzt auch auf den UKW-Frequenzen 88,1 und 100,3 Megahertz. Das Studio in Tinnum bei Westerland versorgt die Insel Sylt und die Regionen Niebüll, Leck und Bredstedt. Zielgruppe sind rund 80.000 Einwohner, aber auch die jährlich 6,5 Millionen Urlauber. Der Syltfunk bietet Nachrichten und Musik sowie Inhalte auf Friesisch und Dänisch.

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Tobias Rischer (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Janine Wergin (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, janine.wergin@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltshun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Janine Wergin, Vivien Albers, Anja Freudenthal, Landesarchiv Abt. 2003.2 Nr.

1941, 1980, 2003, 2027, 2050, Archiv des Landtages, Graphikfoto/Michael Staudt, Krach-Mach-Tach, Uni Flensburg - Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Andras Hilbeck/pixelio.de, Walter Reich/pixelio.de, Thorsten Bogdenand/pixelio.de, Andreas Kalfas/pixelio.de, Michael Grabscheit/pixelio.de, Martin Berk/pixelio.de, Netzwerk Leichte Sprache, Wachholtz-Verlag, Nomos-Verlagsgesellschaft, GEDOK, fotolia_melosine 1302

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19,

24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;

Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN/I. Schumacher, Arp-Schnitger-Weg 38, 24229 Strande, www.loadsmann.de

Herstellung, Druck:

Druckgesellschaft Joost & Saxen,

Eckernförder Str. 239, 24119 Kronshagen,

www.druckgesellschaftmbh.de

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeits-

arbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410,

Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163,

Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,

chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. Juni 2016

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Die Knesset-Abgeordneten Yifat Shasha-Biton, Masoud Ghanayim und Yousef Jabareen haben sich Anfang Juni über die Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland informiert. Neben dem Landeshaus besuchten die israelischen Parlamentarier auch Flensburg und Apenrade. Die Abgeordnete der Regierungspartei Kulanu und die beiden Parlamentarier der Vereinigten Arabischen Liste waren auf Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung und des in Flensburg angesiedelten „European Center for Minority Issues“ in Deutschland.



Vor der Kieler Woche lagen im Landeshaus die Steiermark-Wochen. Mehrere Delegationen aus dem österreichischen Bundesland erkundigten sich im Mai und Juni über Politik, Forschung und Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Im Rahmenprogramm trat das Ensemble „Steirischer Brauch“ im Landeshaus auf. Die Musiker präsentierten den gut 100 Zuhörern Tanzmusik, Lieder und Jodler aus den Alpen.



Auf dem „Suchthilfetag“ Anfang Juni präsentierten sich die Landesverbände der Suchtselbsthilfe im Landeshaus. Hans-Jürgen Kain (li.), Landesvorsitzender der Guttempler, überreichte Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann die Skulptur „Wegbegleiter“ – als Anerkennung für das langjährige Engagement des SPD-Sozialpolitikers in der Suchthilfe. Das Kunstwerk stammt vom Bildhauer Ernst Rasche aus Mülheim an der Ruhr.

Zu Besuch im Landeshaus



Die Motorrad-Gruppe des Bundestages hat Ende Mai einen Zwischenstopp im Landtag eingelegt. Die 170 „Biker“ absolvierten ihre traditionelle „Freundschaftsfahrt“, die in diesem Jahr nach Schweden führte.



„Tröpfli“, das DRK-Maskottchen, war Ende April Gast der jährlichen Blutspende-Aktion im Landeshaus. Unter dem Motto „Blutspenden verbindet“ übergab er Landtagspräsident Klaus Schlie ein rotes Band. 84 Blutspender wurden dieses Mal vom Deutschen Roten Kreuz zur Ader gelassen. Zum Vergleich: In Schleswig-Holstein und Hamburg benötigt das DRK täglich 550 Spenden.

Nr. 2/2016 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zu-
treffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen
und korrigiert **zurücksenden an:**
Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit und
Veranstaltungsmanagement, L1410,
Postfach 7121, 24171 Kiel

Termine, Termine ...

„Jugend im Landtag“ trifft sich Ende November

Am Wochenende vom 25. bis zum 27. November lädt der Landtag wieder Jugendliche aus ganz Schleswig-Holstein ins Landeshaus ein. Das alljährliche Treffen der „Jugend im Landtag“ findet bereits zum 30. Mal statt. Junge Leute zwischen 15 und Anfang 20 diskutieren miteinander, erarbeiten Anträge und fassen Beschlüsse. Der Forderungskatalog der Jugendlichen wird dann der „großen“ Politik zur Stellungnahme vorgelegt. „Echte“ Politiker fungieren als Berater. Wer die Debatten journalistisch begleiten möchte, kann im Presseteam mitarbeiten.

Interessierte können sich bei Susanne Keller vom Besucherdienst bewerben. Tel.: 0431/988-1118, oder: susanne.keller@landtag.ltsh.de



Kunst mit Tisch und Tellern

Im Juli wird im Landtag „aufgetischt“. Unter diesem Motto stellen rund 30 Künstlerinnen aus der Vereinigung GEDOK ihre Arbeiten im ersten Stock des Landeshauses aus. Kreisrunde Werke der Bildenden Kunst werden den Besuchern auf einer 16 Meter langen gedeckten Tafel dargeboten – wie Teller auf einem Tisch. Diese Darstellungsform soll Vorurteile über die Rolle der Frau in der Gesellschaft veranschaulichen. Neben den Bildern und Plastiken, die alle exakt 40 Zentimeter Durchmesser haben, gibt es auch Literatur und Musik. Anlass der Ausstellung ist der 90. Geburtstag der GEDOK. Sie wurde 1926 als „Gemeinschaft Deutscher und Oesterreichischer Künstlerinnenvereine aller Kunstgattungen“ gegründet und versteht sich heute als „Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstförderer“. Mit der Ausstellung setzen der Landtag und die Investitionsbank Schleswig-Holstein ihre Reihe „KunSt aktuell im LandesHaus“ fort.

Die Ausstellung ist vom 7. bis zum 27. Juli von 10:00 bis 18:00 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei, Besucher sollten ihren Personalausweis dabei haben. Eröffnet wird „aufgetischt“ mit einer Vernissage am 7. Juli um 19:00 Uhr. Am 18. Juli um 19:00 Uhr liest die Husumer Lyrikerin Therese Chromik aus ihrem Werk über die GEDOK-Gründerin Ida Dehmel. Interessierte werden gebeten, sich unter anmeldung@landtag.ltsh.de anzumelden.

Ausstellung und Fortbildung zum Thema Stasi

„Feind ist, wer anders denkt“: Unter diesem Titel informiert eine Ausstellung im Landeshaus über die Staatssicherheit der DDR. Die Schau, die von der Berliner Stasiunterlagenbehörde zusammengestellt wurde, läuft vom 6. bis zum 23. September. Sie gibt Auskunft über die Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit und über die Auswirkungen auf die ausgespähten Bürger. Mitarbeiter der Unterlagenbehörde führen durch die Ausstellung. Zudem besteht die Möglichkeit, einen Antrag auf Akteneinsicht in mögliche eigene Stasi-Unterlagen zu stellen.



Die Ausstellung ist montags bis freitags von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit.

Führungen für Gruppen können unter Tel. 0172/8133134 oder per Mail: ausstellungen@bstu.bund.de vereinbart werden.

Am Dienstag, den 6. September, bietet die Unterlagenbehörde von 14:00 bis 17:00 Uhr eine vom IQSH anerkannte **Lehrerfortbildung** zum Thema „DDR und Stasi im Schulunterricht“ an. Am Mittwoch, den 7., und am Donnerstag, den 8. September, werden zwei **Projekt-tage für Schüler** angeboten. Die Jugendlichen erhalten Einblick in Stasi-Quellen und diskutieren darüber.

Anmeldung zu diesen Terminen bitte bis zum 29. August unter Tel.: 030/2324-8937 oder per Mail: bildung@bstu.bund.de.

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im dritten Quartal des Jahres wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 7. Juli: Lübeck Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Montag, 11. Juli: Mölln

Dienstag, 19. Juli: Heide Termin in **Mölln** im Stadthaus, Wasserkrüger Weg 16, 13:00 bis 17:00 Uhr.

Donnerstag, 4. August: Lübeck

Dienstag, 16. August: Heide Termin in **Schwarzenbek** im Rathaus, Ritter-Wulf-Platz 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Dienstag, 30. August: Schwarzenbek

Donnerstag, 1. September: Lübeck Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240.

Dienstag, 20. September: Heide Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr. in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 Uhr bis 18:30 Uhr.